Mittag-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaux: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Habath.

Posener Zeitung.

Achtundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaux: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 134.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Dienstag, 23. Februar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat März nehmen sämmtliche Postanstalten zum Betrage von 18 Sgr. 2 Pfg., sowie die unterzeichnete Expedition und die Herren Distributeure zum Betrage von 15 Sgr. an. Bestellungen bitten gefäll. bald zu machen.

Expedition der Posener Zeitung.

Telegraphische Nachrichten.

Madrid, 22. Februar. Die amtliche „Gaceta" veröffentlicht die Dekrete, durch welche Laserna zum Flügeladjutanten des Königs, Genaro Quesada zum Oberstkommandirenden der Nordarmee, Echague zum Oberbefehlshaber der Armee des Zentrums und Echevassia zum Oberkommandirenden des 2. Armeecorps der Nordarmee ernannt werden.

Rom, 22. Februar. Der Kronprinz Humbert hat Garibaldi heute einen längeren Besuch gemacht.

Kopenhagen, 22. Februar. Nach einer aus China hier eingegangenen Mittheilung an die „Nord. Telegr. Gesellschaft" ist die Landleitung von Foochow bis Amoy von den Anwohnern zerstört und das vorgefundene Material vernichtet worden. Das Personal der Gesellschaft blieb unbehelligt.

Konstantinopel, 22. Februar. Die „Times" meldet aus Konstantinopel vom 21. d., daß die Pforte den König Alfons von Spanien noch nicht anerkannt und die Notifikation der Thronbesteigung desselben noch nicht beantwortet hat, da auch dem Fürsten Karl von Rumänien ein Schreiben betreffend die Thronbesteigung des Königs Alfons von der spanischen Regierung zugestellt ist. Die Pforte erblickt darin eine Anerkennung der Souveränetät Rumäniens und wird mit der neuen spanischen Regierung nicht eher in diplomatische Beziehungen treten, bis ihr über diesen Schritt Aufklärungen ertheilt worden sind.

Belgrad, 22. Februar. Die Wahrnehmung der Interessen der in Serbien sich aufhaltenden Angehörigen des Deutschen Reichs ist, wie die „Montagsr." vernimmt, nach der Abreise des deutschen Generalkonsuls Rosen dem österreichischen Generalkonsul in Belgrad übertragen worden. Die „Montagsr." glaubt übrigens annehmen zu dürfen, daß der der Abreise des deutschen Generalkonsuls zu Grunde liegende Konflikt in kürzester Frist zuverlässig einer befriedigenden Lösung werde entgegengeführt werden.

Vom Landtage.

17. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 22. Februar, 11 Uhr. Am Ministertische Graf zu Eulenburg und Dr. Friedenthal mit mehreren Kommissarien.

Von den Ministern für die Finanzen und die landwirthschaftlichen Angelegenheiten ist ein Gesetzentwurf, betreffend das Kostenwesen in Auseinandersetzungssachen, bei dem Präsidium eingegangen; von dem Justizminister die Anzeige, daß das Strafverfahren gegen die Abgg. Ibach, Franssen und Dr. v. Jazdzewski aufgehoben ist; von dem Abg. Dr. Petri ein Gesetzentwurf, betreffend die Rechte der altkatholischen Kirchengemeinden am Kirchenvermögen. Der Abg. Lasker ist durch seine Krankheit genöthigt, aus der Budget- und Provinzialordnungs-Kommission auszuscheiden.

Nachdem der Gesetzentwurf, betreffend die für die Berechnung der Transskriptions- und Inskriptionsgebühren beim rheinischen Hypothekenwesen zu Grunde zu legenden Sprungsätze in erster und zweiter Lesung angenommen ist, wird die zweite Berathung des Etats des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Zu Kap. 96 (Polizei-Verwaltung in Berlin) beantragt Abg. Eberty, die Staatsregierung aufzufordern, 1) die Uebertragung der Straßenbaupolizeiverwaltung an die Kommune der Stadt Berlin möglichst zu beschleunigen; 2) die Reorganisation des Nachtwachtdienstes in der Art herbeizuführen, daß das Nachtwachtwesen mit der Schutzmannschaft vereinigt wird.

Abg. Eberty: Es ist eine alte Forderung der Stadt Berlin, daß ihr als Eigenthümerin der Straßen auch die Verwaltung der Straßenbaupolizei übergeben werde. Der zweite Antrag ist einfach eine logische Konsequenz: Die Polizei-Verwaltung ist bei Tage eine königliche, sie muß es also auch zum Schutz der Sicherheit bei Nacht sein.

Geh. Rath v. Kehler: Es ist von der Regierung im Einverständnisse mit dem Magistrate beschlossen worden, die Uebertragung der Straßenbaupolizei an die Stadtgemeinde gleichzeitig mit der Uebernahme der fiskalischen Straßen- und Brückenbaulast durch die Stadt gegen Gewährung einer stehenden Rente seitens des Fiskus eintreten zu lassen. Die Grundlage für die Berechnung der Ablösung ist im vorigen Jahre vereinbart worden, die kalkulatorischen Arbeiten haben aber noch nicht beendet werden können. Sie finden indeß bereits im diesjährigen Etat des Handelsministeriums bei dem Kapitel des Brücken- und Straßenbaues die Bemerkung, daß für den Fall, daß der Vertrag mit der Stadt Berlin schon jetzt zu Stande kommt, der Staat ermächtigt werden solle, die vereinbarte Rente an die Stadt zu zahlen. — Was den zweiten Antrag betrifft, so ist anzuerkennen, daß gegenwärtig in Berlin das Institut der Nachtwächter den Anforderungen und Verhältnissen der Hauptstadt nicht mehr entspricht und daß die hier beantragte Reform sich durchaus empfiehlt. Die Ausführung dieser Maßregel ist aber theuer. Bisher hat die hiesige Stadtgemeinde die Kosten des Nachtwachtdienstes zu zahlen gehabt gemäß einer mit der Stadt abgeschlossenen Uebereinkunft vom Jahre 1837 und einer königlichen Verordnung vom September 1838, welche beide nach dem Erkenntniß des Obertribunals vom Jahre 1870 und vom Jahre 1872 noch jetzt vollkommen giltig sind. Nach diesem Abkommen hat die Stadt zu sämmtlichen Kosten nur den Beitrag von 33,000 Thlr. jährlich zu bezahlen. Nach einem von dem hiesigen Polizeipräsidium ausgearbeiteten Projekte würde die Uebergabe des Nachtwachtdienstes an die Schutzmannschaft ca 1,200,000 Mark jährlich kosten und die Stadtgemeinde hat sich nicht bereit erklärt, diese Kosten zu übernehmen, während sie die Reform selbst beantragt. Sie werden es hiernach erklärlich finden, wenn die Regierung nicht ohne Weiteres der Maßregel zustimmen kann. In diesem Stadium befindet sich die Angelegenheit gegenwärtig. Wenn das Haus den hier gestellten Antrag annimmt, so wird es auch in Konsequenz dieses Beschlusses, die Aufnahme der Mehrkosten in den Etat acceptiren müssen.

Der erste Antrag wird hierauf angenommen, der zweite, weil er eine Mehrforderung einschließt, an die Budgetkommission verwiesen.

Zu Titel 10 bis 15 desselben Kapitels beantragt Wagner (Stargard) die Erwartung auszusprechen, daß die Staatsregierung die königlichen Polizeiverwaltungen in Göttingen, Celle, Hanau, Marburg und Fulda spätestens mit dem 1. Januar 1877 eingehen und an deren Stelle die städtische Polizei treten lassen werde.

Abg. Wagner (Stargardt): Die bisherige Bezeichnung der Besoldungen der Polizeiverwaltung in Göttingen als „künftig wegfallend" ist in diesem Etat unterblieben, die Regierung hält also die Beibehaltung der königlichen Polizeiverwaltung in diesen Städten auch fernerhin für erforderlich. Als Gründe dafür wurde uns für Göttingen und Marburg die Universität und Garnison, für Hanau und Fulda der Umstand angeführt, daß sich dort die Sozialdemokraten festgesetzt haben. Sind denn unsere Professoren und unsere akademische Jugend so unruhig, daß für sie eine königliche Polizeiverwaltung nothwendig wäre? Halle, Bonn, Greifswald, Kiel sind doch auch Universitätsstädte, und doch ist ihre Polizeiverwaltung eine städtische. Die Garnisonen aber, die Vertreter der bewaffneten Macht sind doch dazu da, um im Nothfalle die Polizei zu schützen, brauchen also den Schutz der Polizei gewiß nicht. Die Sozialdemokraten endlich sind jetzt fast in allen preußischen Städten zahlreich vertreten, und die Polizei wird sie schwerlich beseitigen, das vermag allein eine verbesserte Volksschule, wie wir sie von unserem Kultusminister erhoffen. Mein Antrag ist nothwendig im Interesse der Selbstverwaltung, die wir hier nicht zur Thür hinauswerfen dürfen, nachdem wir sie in den großen Reformgesetzen adoptirt und unseren Brüdern in Rheinland die Wohlthat der Kreis- und Provinzialordnung verschaffen zu wollen erklärt haben. Da ich indessen hoffe, daß eben diese Reformgesetze recht bald in den Provinzen Hannover und Hessen eingeführt werden, so ziehe ich meinen Antrag hiermit wieder zurück. (Heiterkeit.)

Zu Titel 19 (Polizeiverwaltung in Köln) bemerkt Abg. Franssen: Der diesjährige Etat verlangt für drei neue Polizeikommissarien in Köln a 2475 Mark, zusammen 7425 M. und für 24 neue Schutzmänner a 1080 M., zusammen 25,920 M., im Ganzen also 33,345 M. mehr. Als Motiv dieser Mehrforderung wird im Etat wörtlich Folgendes angeführt: „Nach mehrfachen Wahrnehmungen sind die polizeilichen Kräfte in Köln gegenwärtig durchaus unzureichend und entsprechen nicht mehr den an dieselbe zu stellenden Anforderungen. Die Einwohnerzahl in Köln ist auf 135,799 angewachsen. In Folge des gesteigerten öffentlichen Verkehrs, der freieren Bewegung in vielen Lebenskreisen, der gegen den Staat und die bürgerliche Gesellschaft gerichteten Agitation, endlich in Folge der zunehmenden Vergehen gegen die öffentliche Sicherheit sind die Aufgaben der Polizeiverwaltung in Köln immer schwieriger geworden. Es erscheint daher die beantragte Vermehrung unabweislich." Ich muß konstatiren, daß ich in meiner langjährigen Eigenschaft als Geschworner derartige Agitationen, von denen hier gesprochen wird, niemals kennen gelernt habe. Dagegen ist die Anmaßung der Polizei in Köln größer als in jeder andern Stadt im deutschen Reiche. Unsere Polizeikommissare sind meistens aus der Klasse der Unteroffiziere hervorgegangen und diese Leute besitzen keineswegs denjenigen Grad der Bildung, wie man von einem Beamten in so souveräner Stellung erwarten müßte. Man kann bei ihnen leider nicht sagen: mit dem Amt kommt der Verstand, sondern vielmehr: mit dem Amt und der Würde kommt der Unverstand und der Hochmuth. Den Grad der Bildung dieser Polizeikommissare kennzeichnet folgendes Beispiel: Ein Mann fiel vor einiger Zeit vor der Thüre eines Polizeikommissars, der noch heute in seiner Stellung ist, bewußtlos nieder, ob aus Trunkenheit oder in Folge eines Krankheitsanfalles war nicht festzustellen. Dieser Mann liegt da; dem Kommissar wird es mitgetheilt, er tritt heraus und mit dem Rufe: „Warte, du besoffenes altes Schwein!" schlägt er ihn mit einem ledernen Kantschu über den Kopf. Darauf ließ er ihn wie ein Stück Vieh auf einen Wagen laden und nach dem Arrest-Lokale schaffen. Am nächsten Morgen war der Mann eine Leiche. Eine Untersuchung ist nicht eingeleitet worden. Ein anderer Polizei-Kommissar versuchte ein Paar Strom-Arbeiter, welche des Abends vor seiner Thür etwas laut sangen, gleichfalls mit dem Kantschu zu behandeln; er kam aber bei diesen zufällig an die unrechte Adresse, anstatt Prügel auszutheilen, empfing er solche und so kräftig, daß er den Arm 6 Monate lang in der Binde tragen mußte. Vielleicht hat er berichtet, es wäre dies in Folge des Kulturkampfes geschehen. (Heiterkeit.) Ich wünschte überhaupt, daß die Urtheile, die auf dem Polizeigerichte in Köln gefällt werden, hier vor dem Lande mitgetheilt werden; sie sind wahrhaft staunenerregend und nach meiner Ueberzeugung ein Hohn auf die Rechtsprechung sowohl in Hinsicht auf die summarische Behandlung, als ganz besonders in Bezug darauf, wie der Diensteid dort gehandhabt wird. (Hört! im Zentrum). Wenn der Kulturkampf hieranschuld sein sollte, so hätten wir ein großes Recht, uns zu rühmen, daß wir die Gesetze besser beobachten, als die Polizei selbst. Als das Erkenntniß auf Verhaftung unseres Erzbischofs in der Stadt bekannt wurde und viele Mitglieder der Diözese sich gedrungen fühlten, ihrem Bischof ihre Hochachtung zu bezeugen, da scheuten sich die Polizeikommissare nicht, das Hausrecht des Erzbischofs gröblichst zu verletzen; ja als der Erzbischof arretirt wurde, da scheute sich der betreffende Kommissar nicht, an der Stelle, wo der Erzbischof den von Sr. Maj. dem Kaiser ihm verliehenen rothen Adlerorden 1. Klasse zu tragen pflegt, mit roher Hand ihn zu stoßen. Ich möchte vorschlagen, die hier beantragten 33,000 Mark nicht für neue Polizeibeamte, sondern zur Aufbesserung der Gehälter der vorhandenen Beamten in Köln zu verwenden. Ein Polizeikommissar bekommt in Köln ca. 2700 Mark=900 Thlr. Gehalt. Nun kostet allein eine anständige Miethwohnung in Köln mehr als die Hälfte dieses Gehaltes. Ich frage Sie, wie soll da ein solcher Beamter mit seiner Familie auskommen? Ist er da nicht rein auf die Prostitution angewiesen? (Große Heiterkeit) Ja, meine Herren, ich könnte Ihnen schauderhafte Beispiele davon anführen. Ich kann Sie nur bitten, meinen Vorschlag Ihrerseits zu einem Antrage zu formuliren, da ein solcher, von uns ausgehend, hier wohl schwerlich Annahme finden würde.

Abg. Jung: Jeder der in Köln wohnt, wird es mit Freuden begrüßt haben, daß in diesem Etat der Ansatz für die Polizeiverwaltung Köln's erhöht worden ist; denn er hat es leider empfinden müssen, wie sehr die Stadt in polizeilicher Hinsicht vernachlässigt ist und wie unzulänglich die Mittel für diesen Zweck bemessen sind. Jedem, der die Stadt betritt, muß die Vernachlässigung der wirklich noch auf einem primitiven Standpunkt stehenden Reinlichkeitspolizei auffallen, und man braucht nur einen Blick in die dortigen Zeitungen zu werfen, um die notorische Unsicherheit der Nacht reichlich bestätigt zu sehen. Ich war daher sehr verwundert, heute einen der Lobredner der Unordnung zu hören, der die Polizei, welche gegen sie ankämpft, angreift, und zwar mit jenen unbegründeten Erzählungen, die am Ende überall diejenigen vorbringen, welche unter der Polizei mit Recht zu leiden hatten. (Sehr wahr! links.) Die Handhabung derselben in Köln ist aus bekannten äußeren Gründen sehr schwierig; außerdem ist die Erhöhung der Kosten jetzt mit Rücksicht auf den Kulturkampf motivirt worden und das mit Recht. Köln ist der Sitz des Erzbischofs, des erklärten Dieners des Papstes, zu dessen Partei er stets sehr streng gehalten hat und noch heute hält, des Papstes, der die von der Majorität der Volksvertretung im Einverständniß mit der Regierung erlassenen Gesetze für nichtig erklärt. Der Erzbischof thut daher Alles, um die Bevölkerung dagegen aufzureizen, und er wird folgerecht auch mit seinem Herrn, dem Papst, wie dieser es vor einigen Tagen gethan hat, erklären, daß durch gottlose Gewalt die Rechte des Bürgers niedergetreten werden. Hat die Regierung nicht Recht in einer Stadt, in der ein solcher General des Unfriedens wohnt, auch die entsprechenden Polizeimaßregeln zu treffen? (Sehr richtig! links.) Dazu kommt, daß die von dem Vorredner so lebhaft in Schutz genommene niedere Bevölkerung in Köln sich durch besondere Verwahrlosung und Verwilderung auszeichnet. Es ist dort unmöglich, ein Haus gegen Verunreinigung, einen Platz, eine Anlage gegen Zerstörung zu schützen. Diese Masse des niederen Volkes folgt den Geistlichen zur Wahlurne, vor der Gestalten auftauchen, von denen sich Niemand jemals hat träumen lassen; sie geht in die Kirchen, sie ist ja kirchlich und im Punkt der religiösen Uebungen überaus gewissenhaft. Wenn sich nur der Begriff der Kirchlichkeit mit dem der Moralität decken wollte. (Beifall links.)

Abg. Röckerath: Ich halte die Vermehrung von Polizeikräften in Köln für nicht gerechtfertigt. Die Bevölkerung ist in der Abnahme begriffen; sie zählt heute 2 bis 3000 Einwohner weniger als vor einem Jahre, weil der durch die hohen Arbeitslöhne vor 2 Jahren nach Köln gelockte Zufluß sich wieder auf das Land zurückgezogen hat. Von einer Vermehrung der Vergehen gegen die Sittlichkeit kann bei uns zur Zeit nicht die Rede sein; wir stehen gegenwärtig in dieser Hinsicht im Gegentheil bedeutend besser als vor zwei Jahren. Was die Agitationen betrifft, so können diese offenbar nur auf die oppositionellen Parteien Bezug haben. Die Auslassungen des Vorredners über unseren Erzbischof brauche ich nicht zu widerlegen, sie werden in Köln ausreichend gewürdigt werden. Wir haben dort bei allen politischen Versammlungen nicht nur offizielle Polizeibeamte, welche Wort für Wort niederschreiben, was gesprochen wird, sondern auch nichtoffizielle, geheime Polizeibeamte; ja wir haben sogar agents provocateurs. (Hört, im Centrum) Wenn die Parteien nach Abhaltung ihrer Versammlungen sich gemüthlich zusammenfinden, um sich nach rheinischer Art und Weise beim Wein zu unterhalten, dann finden sich zuweilen völlig unbekannte Gestalten ein, welche auffordern, Toaste auf die Franzosen auszubringen, Leute, die wir vorher niemals in unserer Mitte gesehen hatten und die ebenso plötzlich, wie sie kommen, wieder verschwinden. Unter die oppositionellen Parteien in Köln kann man offenbar nur die Centrumspartei und die Sozialdemokraten und allenfalls noch den demokratischen Klub rechnen, der aber daselbst nur ein embryonales Leben führt. Die Fortschrittspartei in Köln, die ja einstmals auch sehr viel in Opposition gemacht hat, ist in Köln vollständig verschwunden, da ihr alter Rest von ihren politischen und journalistischen Führern mit kulturkämpferischem Zuckerbrod ganz und gar in das nationalliberale Lager hinübergelockt worden ist. (Sehr wahr! im Centrum.) Es sind also die Ausdrücke „Agitation gegen Staat und Gesellschaft" auf die Centrumspartei und die Sozialdemokraten gemünzt; letztere aber sind offenbar nur als ornamentales Beiwerk hinzugefügt. Ueberall, wo die Centrumspartei mächtig ist, da giebt es keine Sozialdemokraten, da haben sie keinen Einfluß. Das Mährchen von der schwarzrothen Verbrüderung ist ja bekanntlich nur ein Schreckbild für den Philister und den deutschen Michel in politisch unreifen Landestheilen. Es bleibt also nur übrig, die Agitation auf die Centrumspartei allein zu beziehen. Wird darunter unsere Opposition gegen Gesetz verstanden, bei denen wir die Kompetenz des Staates bestreiten, so muß ich allerdings sagen, daß diese Opposition noch niemals so mächtig war als heute, und daß sie an Stärke, Kraft und Ausdehnung immer mehr zunimmt. Diesen Erfolg verdanken wir freilich zu einem großen Theil der sonderbaren politischen Klugheit unserer Gegner, dem politischen System, das gegenwärtig in Deutschland herrscht. (Der Präsident von Bennigsen ersucht den Redner zur Sache zu sprechen.) Unsere Opposition richtet sich aber nicht gegen das Bestehen des Staates an sich. Die Polen, Dänen und Elsaß-Lothringer verneinen allerdings die Existenz des deutschen Staates. Wir, die Zentrumspartei in Köln aber, fühlen uns als Deutsche und stellen eine derartige staatsfeindliche Agitation durchaus in Abrede. Es wird ja wohl nicht mehr lange dauern, daß wir wieder einen Krieg bekommen wie der von 1870 und 71; dann wird Deutschland auf die Rheinlande allerdings sicher zählen können. Wäre aber ein derartiger Vorwurf gegen uns wirklich gerechtfertigt, dann frage ich Sie, meine Herren, ist es politisch klug, daß ein solcher Vorwurf in der offiziellen Gesetzesvorlage der Regierung, in dem Etat veröffentlicht wird? Unsere Feinde geben ja genau acht auf das was hier verhandelt wird und sie müssen natürlich einem Aktenstücke der Regierung ein ganz besonderes Gewicht beilegen. Dem Wunsche, daß die Polizeibeamten in Köln besser gestellt und bezahlt werden, kann auch ich mich nur vollkommen anschließen. Die Schutzleute mit ihren 360 Thalern Gehalt sind in Köln rein auf das Hungern angewiesen oder auf den bekannten Thaler zur Flasche Wein, von dem der Minister des Innern einmal früher hier gesprochen. Ferner ist es unumgänglich nothwendig, daß die Polizei in Köln ihrer eigentlichen Aufgabe zurückgegeben werde, daß man sie nicht mit Arbeiten behelligt, die die Polizei gar nichts angehen. Ich zähle darunter die Verwendung der Polizei zu Kommissarien der Einschätzung, um auszuspüren, wieviel Miethwerth die Häuser, wieviel Einkommen die Leute haben, die zur Staatseinkommensteuer herangezogen werden sollen. Man hat aber auch die Schutzleute in Köln dazu verwendet — und dies wird ja besonders dem Abg. Petri interessant sein — um Listen aufzustellen, wieviel Altkatholiken in Köln sich befinden. Es sind Formulare durch die Polizeiorgane in Köln zu allen Denjenigen getragen worden, von denen man entweder wußte, oder nur glaubte und hoffte, daß sie sich zur altkatholischen Kirche bekennen; selbst Kinder von 6, 3 und 2 Jahren wurden aufgefordert, sich auf diesen Listen zu unterschreiben. (Heiterkeit.) Was aber das Beste ist, man hat die Schutzleute sogar zu Missionären verwendet für den Altkatholismus. (Heiterkeit.) Besonders pikant ist ein Fall, wo der betreffende Schutzmann sich an einen Mann wandte, der ur-

sprünglich Israelit, dann zur evangelischen und dann zur katholischen Kirche übergetreten war. (Heiterkeit.) Diesem stellte der Schutzmann vor, daß es für ihn doch ein Leichtes sein müsse, jetzt zum Altkatholismus überzugehen. (Große Heiterkeit.) — Was die Sittenpolizei anbetrifft, so hätte die Polizei in letzter Zeit vor Allem die Einführung der Tingeltangel-Kneipen in Köln verhindern sollen, die viel Unfug schaffen und für die Kölner durchaus nicht nothwendig sind.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Wenn der Abg. Röckerath das Verhalten der Fortschrittspartei einer Kritik unterworfen hat, so verschmähe ich es, mich in eine Polemik mit ihm einzulassen und auch die rheinische Fortschrittspartei wird sich mit dem Gedanken begnügen, was der Herr von mir spricht, das acht ich nicht! (Heiterkeit, Beifall links.)

Abg. v. Schorlemer-Alst: Wenn die Fortschrittspartei die Sache wirklich so gleichgiltig aufnimmt, so sollte sie doch ihre Stellung in den Rheinlanden etwas genauer überlegen. Vom Abg. Jung hatte ich allerdings erwartet, daß er es nicht unterlassen würde, binnen 24 Stunden die Encyklika des Papstes zur Sprache zu bringen, weil ich wußte, welchen Schmerz sie ihm verursachen würde, wenn er aber gegen den Erzbischof von Köln Vorwürfe daraus abgeleitet hat, so muß ich doch sagen, sie reichen nicht an die erhabene Persönlichkeit heran, die für ihre Ueberzeugung schon so schwer gelitten und gezeigt hat, wie man das Schwerste mit Ruhe und Würde erträgt. Die Haltung des Volkes in Köln bei seiner Verhaftung war eine durchaus würdige, man sollte sie hier nicht verdächtigen. Der Abgeordnete Jung sprach von der Ausführung der Gesetze, die von der Majorität des Volkes im Einverständniß mit der Regierung erlassen sind. Das war wohl nur eine Reminiszenz des verehrten Herrn aus der Vergangenheit. Heute erläßt die Regierung die Gesetze im Einverständniß mit der Mehrheit der Kammern. Es gab allerdings eine Zeit, wo man noch beanspruchte, daß das Volk den Gesetzen zustimmte, heute, meine Herren, drängen Sie das Volk hinter sich zurück. (Widerspruch links.) Die Position wird für nothwendig erachtet, weil das Volk in Köln den Geistlichen zur Wahlurne folgt, und es den Abg. Jung schmerzt, daß es nicht ihm und seinen Parteigenossen folgt. Aber wenn er sagt, seine Kirchlichkeit decke sich nicht mit seiner Moralität, ohne Beweise beizubringen, so ist das eine Beleidigung des Volkes, durch die man es wahrlich nicht gewinnen wird.

Abg. Petri: Die Herren aus dem Zentrum haben in der neuesten Zeit die Gewohnheit, bei jeder Gelegenheit den Streit in der katholischen Kirche in die Debatte zu ziehen; wenigstens in die heutige Debatte ist der Altkatholizismus nur an den Haaren herbeigezogen. (Sehr richtig!) Ich bin natürlich nicht in der Lage, beurtheilen zu können, ob die Thatsachen, welche der Abg. Dr. Röckerath vorgetragen, wahr sind oder nicht. Vorläufig mache ich von meiner persönlichen Freiheit Gebrauch und glaube sie nicht. Der Altkatholizismus wird jetzt so oft hier in die Diskussion gezogen, daß es mir fast erscheint, als ob die Herren aus dem Zentrum vor der altkatholischen Bewegung eine ganz gewaltige Angst bekommen. (Sehr richtig! links. Heiterkeit im Zentrum.)

Abg. Windthorst (Meppen): Weder vor dem letzten Redner noch vor irgend einem seiner Genossen habe ich die geringste Angst. Uebrigens will ich nur noch konstatiren, wie erbaulich es ist, den nationalliberalen Abg. Jung und den fortschrittlichen Abg. Windthorst (Bielefeld) in so rührender Eintracht für die Polizei eintreten zu sehen. (Heiterkeit.)

Abg. Wehrenpfennig: Ich habe nicht gehört, daß der Abg. Jung dem Erzbischof von Köln persönlich irgendwie zu nahe getreten ist. Wenn in der Erläuterung zur Vermehrung der Polizei auf die Zentrumspartei hingedeutet ist, so ist das ja ganz natürlich und in den Verhältnissen begründet. Drohen Sie uns doch nicht soviel mit Ihrer Macht; wir glauben ja nicht daran und der Wille des Staates hat sich Ihnen gegenüber immer noch durchgesetzt, wenn auch zunächst nur als strafender Wille. Wenn der Abg. Röckerath die Zentrumspartei insofern von Polen, Dänen und Lothringern unterschieden hat, daß sie nicht das Dasein des Staates in Frage stelle, sondern nur gegen die Regierung opponire und einen Theil der Gesetze bestreite, so hat Niemand daran gedacht, zu sagen, daß die Rheinländer mit ihren Gesinnungen dem Auslande angehören. Was heißt denn aber: das Dasein des Staates in Frage stellen? Es beruht auf seiner Souveränetät, die sich als Macht nach Außen oder als gesetzliche Ordnung nach Innen manifestirt. Wer einer auswärtigen Macht das Recht giebt, einen Theil der Staatsgesetze zu kassiren, oder sich selbst das Recht zuschreibt, einen Theil der Gesetze nicht zu befolgen, der stellt das Dasein des Staates in Frage. So lange eine solche Richtung sich noch zeigt, können wir nur die Regierung auffordern, die Kräfte zu verstärken, die das Gesetz des Staates schützen sollen.

Der Minister des Innern: Ich glaube, daß man alle eben gehörten Vorwürfe aus den Worten der Motive nur bei den Haaren herbeigezogen hat; es kam mir vor, als ob man über die Entscheidungsgründe eines Urtheils diskutire, über dessen Tenor man einverstanden ist; wenigstens habe ich keine Stimme gehört, die der Mehrforderung widersprochen hätte. Es handelt sich hier um eine größere Stadt und für die Vermehrung der Polizeikräfte werden mehrere Gründe vorgebracht; zuerst hat eine Vermehrung der Bevölkerung stattgefunden und gewisse politische Agitationen liegen ja auch vor. Das ist der Sinn der Aeußerung in den Motiven, die jedenfalls aus dem Berichte einer Regierung übernommen ist. Jetzt kommt in Köln ein Schutzmann auf 2000 Einwohner; während nach der Vermehrung ein Schutzmann auf 1500 Einwohner kommt; das ist immer noch eine verhältnißmäßig große Zahl. Die Wünsche in Bezug auf die Erhöhung der Polizeibeamtengehälter, kann ich ja im Stillen nur theilen; aber man kann doch füglich nicht die Polizeibeamten in Köln ausnahmsweise höher stellen, und zu einer Erhöhung der Polizeibeamtengehälter im Allgemeinen hat sich die Regierung nicht entschließen können. Ich sehe keinen eigentlichen Widerspruch gegen die Position selbst, und bitte Sie, dieselbe zu bewilligen. Die Regierung ist immer in der Lage, mehr Gewicht auf die Bewilligung der Position, als auf die Gründe zu legen. (Heiterkeit.)

Abg. Windthorst (Meppen): Es ist doch auch wünschenswerth, die Begründung näher anzusehen, derartige Bemerkungen, wie sie hier angeführt sind, erregen immer eine gewisse Mißstimmung, weil sie als einseitige unbegründete Anschuldigungen erscheinen.

Abg. Röckerath: Wenn der Abg. Petri meine Anführungen bezweifelt, so kann er sich in öffentlichen Blättern und bei dem Polizei-Präsidium in Köln leicht von der Wahrheit derselben überzeugen. Wenn ich es für nöthig gehalten habe, die Zentrumspartei besonders in den Rheinlanden dagegen zu vertheidigen, daß sie das Dasein des Staats in Frage stelle, so muß ich auf eine Rede verweisen, die vor wenigen Tagen hier gehalten ist, und in welcher ausdrücklich erklärt wurde, daß die katholische Partei in allen ihren Organen, in der ganzen Zeitungs- und Bücherliteratur gegen den Aufschwung des preußischen Staates gearbeitet habe. Eine solche Behauptung weisen wir mit Entrüstung zurück. Der Redner (Abg. v. Sybel) kennt die katholische Zeitungsliteratur nicht, sonst müßte er wissen, daß während des Krieges 1870 bis 1871 speziell die katholischen Organe der Rheinprovinz an einem gewissen Fieber von Franzosenfresserei krankten, während die „Kölnische Zeitung" linguistische und ethnologische Studien anstellte, die zu dem Schlusse kamen, daß die Festung Metz eigentlich den Franzosen wieder zurückgegeben werden müßte. (Zur Sache!)

Präsident v. Bennigsen: Ja, meine Herren, das ist die Folge davon, wenn immer ein Redner auf die Worte des andern zu antworten sich für verpflichtet hält.

Schließlich wird der Titel gegen Zentrum und Polen angenommen.

Zu Kapitel 100 (Allgemeine Ausgabe im Interesse der Polizei) Titel 1 zu geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei 120,000 M. bemerkt Abg. v. Schorlemer-Alst: Der Abgeordnete Richter (Hagen) sagte kürzlich, daß mit dem Ableben des Kurfürsten von Hessen die Staatsregierung wohl Veranlassung nehmen würde, den Reptilienfonds zu beseitigen. Ich weiß nicht, wie der Abg. Richter zu dieser Vertrauensseligkeit kam; ich kann seine Hoffnungen nicht theilen, wenn nicht die Landesvertretung sich zu einem entschiedenen Entschlusse aufraffen sollte. Es wäre in der That Zeit, diesen Krebsschaden zu beseitigen. Wir haben Maßregel gegen den Kolorado-Käfer, ein Reichsgesetz gegen die Rebläuse; jedenfalls viel nothwendiger wäre ein Gesetz gegen die Reptile in der Presse (Heiterkeit), die das Denken der Nation fälschen, das Denunziantenthum fördern und die Lüge an die stellte der Wahrheit setzen. Wenn man einem Theil der süddeutschen Presse über ihren Ton und ihre Haltung Vorwürfe macht, so ist doch das Verhalten der Reptilienpresse noch viel mehr zu tadeln; eine solche Bodenlosigkeit des Tones und der Insinuationen ist noch nicht dagewesen. Wenn die „Provinzialkorrespondenz" eine Person auf das schwerste verleumdet und wochenlang diese Verleumdungen nicht widerlegt, endlich an einer dunklen Stelle dies thut, so ist das für ein Blatt, welches von der Regierung herausgegeben wird, recht stark. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" produziren alle diese Kräfte, die vom Reptilienfonds besoldet werden, ihre höchsten Künste. Die Reptilienpresse darf alles ungestraft drucken, da schreitet kein Staatsanwalt ein, aber gegen die Blätter der Opposition fehlt es nicht an den kleinlichsten polizeilichen Maßregeln. In Westphalen wurde einigen Blättern verboten sich Kreisblätter zu nennen, ja sie durften sogar auf dem neuen Titel die Worte ehemaliges Kreisblatt nicht führen. Mir hat ein mit der Presse sehr vertrauter Herr mitgetheilt das Schlimmste wäre, daß der Chefredakteur oder Verleger eines Blattes beim Engagement gar nicht wisse, ob der zu Engagirende nicht ein Reptil wäre; plötzlich entdecke man nach einiger Zeit, daß ein Reptil in der Redaktion sei. Das Beste wäre, das ganze Preßhusarenregiment mit sammt dem Obersten zu demobilisiren. Wenn man den Schaden weiter fressen läßt, so vermehrt sich die Zahl der Reptilien, denn es ist ja ein ganz einträgliches Geschäft, so einträglich, daß jetzt schon das Angebot höher wird als die Nachfrage. Ich will mit den Worten aus einer philippischen Rede des Demosthenes schließen. Nur ein Glück ist diesem Fürsten allein beschieden, das Glück, daß er auf seinem Lebenswege Menschen fand als Werkzeuge brauchbar in größerer Zahl und von größerer Schlechtigkeit, als er erwarten durfte.

Minister des Innern: Der Vorredner greift das Vorgehen der Behörden seiner Provinz an, daß sie nicht duldeten, daß ultramontane Blätter den Titel Kreisblatt führen; ich halte das durchaus für korrekt. Es ist undenkbar, daß ein Kreisblatt, welches durch seinen Titel den Stempel eines amtlichen Blattes erhält, einen Inhalt aufnehmen kann, der im schroffsten Widerspruch steht mit den Maßregeln und den Bestrebungen der Regierungen; es kann auch nicht zugelassen werden, daß ein solches Blatt sich ehemaliges Kreisblatt nennt, um den Schein dadurch zu wahren, daß ihm noch etwas Offizielles anhängt. Es besteht übrigens ein gerichtliches Urtheil dafür, das vor einigen Jahren extrahirt worden ist. Wenn Herr v. Schorlemer-Alst Minister wäre, würde er in derselben Weise darauf dringen, daß die Kreisblätter keinen Inhalt haben, der seiner Richtung widerstrebt. Wenn er übrigens wünscht, daß die Reptilienpresse demobilisirt wird, so wünsche ich diesen Zeitpunkt auch herbei; aber man macht nur dann demobil, wenn der Widerstand aufhört; wenn die Herren sich also ergeben, werden wir demobilisiren.

Abg. Windthorst (Bielefeld): Ich kann der Regierung nur danken, daß sie endlich dem Unwesen der Kreisblätter ein Ende gemacht, die dem Landvolke unter der offiziellen Firma die entsetzlichsten Verleumdungen über die Parteien und die Gesetzgebung des Staates verbreitet haben. Hier handelt es sich übrigens nicht um den Reptilienfonds, sondern um einen geheimen Fonds. Wir werden es immer beklagen, daß der Reptilienfonds besteht und werden bestrebt sein, ihn aus der Welt zu schaffen. Nur aber, wer reine Hände hat, sollte sich gegen den Reptilienfonds aussprechen: viel gefährlicher scheint mir der päpstliche Reptilienfonds; der Papst hat, wie Sie wohl wissen werden, zur Unterstützung ultramontaner Zeitungen 180,000 Lire gewährt, weil die Wirkungen bisher noch nicht den Erwartungen entsprochen hätten. Mir scheint nichts so verderblich als eine Presse, die unter der Firma für Wahrheit, Freiheit und Recht und unter dem Deckmantel der Religiösität zu wirken sucht.

Abg. Windthorst (Meppen): Der Vorredner behauptet, kein Freund der Reptilienpresse zu sein und hat eben einen beredten Vortrag für dieselbe gehalten. (Widerspruch.) Wenn das keine Vertheidigung der Reptilienpresse war, dann möchte ich einmal eine hören. (Heiterkeit.) Hier wäre der rechte Punkt, etwas gegen den Reptilienfonds zu thun. Aber wenn nur Kulturkampf ist, dann ist alles vortrefflich. (Sehr wahr! im Centrum.) Ob das zutreffend ist, daß man verbieten kann, daß eine Zeitung sich Kreisblatt a. D. nennt, weiß ich nicht; der Minister machte Anspielungen auf Erkenntnisse, die er aber nicht vorgelegt hat; ich kenne derartige Erkenntnisse nicht. Wenn der Minister meinte, der Abg. v. Schorlemer-Alst als Minister würde auch nicht leiden, daß in den Kreisblättern seine Politik angegriffen wird, so ist das ein Bekenntniß des Herrn Ministers, daß er nicht Minister, sondern Parteihaupt ist. Ein Parteihaupt leidet solche Angriffe allerdings nicht; obgleich es besser wäre, auch dem Gegner ein Wort zu gönnen, damit aus Rede und Gegenrede die Wahrheit erkannt werde. Aber ein Minister soll nicht Parteihaupt sein, sondern über den Parteien stehen und die Kreisblätter nicht gebrauchen, um ihm gegenüberstehende Parteien und Personen in der ungebührlichsten Weise anzugreifen. Das thun nicht blos die Kreisblätter, sondern am meisten das Blatt, welches dem Minister des Innern am Nächsten steht, die Provinzialkorrespondenz. Uebrigens ist das Blatt sonst nicht so übel. Es liegt so in der Natur, daß allerlei Institutionen durchaus wohlthun, wenn sie einmal ein kräftiges Wort im Kulturkampfe mitsprechen, sonst werden sie für überflüssig und nichttauglich für ihre Zwecke erachtet. Die Kreisblätter sollten sich auf amtliche Nachrichten beschränken und nach keiner Seite Partei ergreifen. Wenn sie das aber so thun, wie sie es jetzt thun, so ist das in einem freien Staate nicht mehr zu toleriren. Wenn der Herr Minister meinte, die Regierung würde abrüsten, wenn andere Leute abrüsten, so meine ich doch, man müßte sich darüber eben verständigen. Wenn das abgelehnt wird und man rücksichtslos vorgeht, so kann Niemand getadelt werden, wenn er sich vertheidigt; diese Vertheidigung wird man uns doch nicht verwehren?

Abg. v. Schorlemer-Alst: Wenn ich gewußt hätte, daß der Abg. Windthorst (Bielefeld) die Kreisblätter selbst der Regierung denunzirt hat, so hätte ich die Frage wohl kaum gestellt. Sollte die Eventualität, daß ich einmal Minister bin, wirklich einmal eintreten, was ich sehr in Zweifel ziehe, so würde ich mit so kleinlichen Maßregeln, wie sie hier in Frage kommen, niemals gegen die Blätter vorgehen. (Heiterkeit.)

Der Titel wird darauf bewilligt, desgleichen die übrigen Titel dieses Kapitels.

Bei Kap. 101 (Strafanstaltsverwaltung) beschwert sich Abg. v. Magdzinski darüber, daß die Regierung in Bromberg angeordnet habe, es solle in den Strafanstalten nicht, wie früher, dreimal polnisch und einmal deutsch, sondern immer nur zweimal polnisch und einmal deutsch gepredigt werden. Der Besserungszweck werde nur erreicht, wenn man den Gefangenen die Heilslehren der Religion in ihrer Muttersprache vortrage.

Abg. Techow wünscht eine Aufbesserung der Gehälter der Gefängnißgeistlichen. Sein Antrag wird der Budgetkommission überwiesen.

Die Ausgaben zu Titel 1 des Kapitels 103: 81,078 Mk. 46 Pf. an Prämien für Schützengilden und Schützenkönige, beantragt Abg. Worzewski abzusetzen. Das Haus bewilligt jedoch diese vom Abg. v. Kardorff befürwortete Ausgabe.

Hierauf wendet sich das Haus der Prüfung der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben zu.

Zu Kapitel 13 Titel 6 beantragt Graf Wintzingerode, den für den Erweiterungsbau des Polizeidienstgebäudes zu Wiesbaden geforderten Betrag von 48,790 Mk. auf 46 790 Mk. zu ermäßigen, wogegen Geh. Rath v. Kehler nichts zu erinnern hat.

Abg. Windthorst (Meppen): Es macht doch einen kuriosen Eindruck, wenn man eine Forderung im Etat einfach aufgiebt, ohne irgend welche Gründe mitzutheilen.

Geh. Rath v. Kehler: Als die Forderung gemacht wurde, hat das Gutachten der technischen Deputation über den Kostenanschlag noch nicht vorgelegen, welches den letzteren reduzirt hat.

Der Antrag des Abgeordneten v. Wintzingerode wird hierauf angenommen.

In Titel 13 desselben Kap. wurden für den Neubau einer Strafanstalt in Rendsburg 90,000 Mark gefordert.

Abg. Eberty sieht in dieser nicht zu hohen Forderung den Sieg des Prinzips der Beschäftigung der Gefangenen im Freien. Es könnten in der That die kolossalen Summen, die man für Isolirgefängnisse ausgiebt, in nützlicherer Weise verwandt werden.

Die Ausgabe wird bewilligt.

Zu Titel 16 beantragt Abg. v. Wintzingerode: Die Ausgabe von 150,000 Mk. als erste Rate für die Erbauung eines Isolirflügels bei der Strafanstalt zu Lüneburg abzusetzen.

Abg. Eberty empfiehlt diesen Antrag, weil die Regierung keinen Kostenanschlag vorgelegt habe.

Geh. Rath Illing: Der ursprüngliche Kostenanschlag mußte umgearbeitet werden, weil insbesondere die Kosten zu hoch gegriffen waren; diese Umarbeitung ist aber noch nicht fertig.

Abg. Windthorst (Bielefeld) beantragt, diesen Tit. 16 an die Budgetkommission zu verweisen.

Dieser Antrag wird jedoch ebenso abgelehnt, wie der Antrag des Abgeordneten von Wintzingerode und die geforderte Ausgabe bewilligt.

Nunmehr tritt das Haus in die Spezialberathung des Etats des landwirthschaftlichen Ministeriums und zunächst in die allgemeine Besprechung desselben ein.

Abg. Hundt v. Hafften: Die Persönlichkeit des jetzigen Leiters des landwirthschaftlichen Ministeriums berechtigte uns zu größeren Hoffnungen, als wir vordem hatten. Aber auch der vorliegende Etat hat das landwirthschaftliche Ministerium nur um etwa 1½ pCt besser dotirt, als früher, während die Etats der anderen Ministerien um das Doppelte, ja Dreifache erhöht worden sind, während alle anderen Ressorts an einer gewissen Blutfülle leiden, leidet das landwirthschaftliche vielmehr an Blutarmuth. Mit Recht sagte der Abg. Richter — nicht zu verwechseln mit unserem berühmten Etatshelden — (Heiterkeit), daß die dem landwirthschaftlichen Ministerium zugewiesenen Mittel nur wie Brosamen seien, die von des reichen Mannes Tische fallen, denn es kommt ihm nur 1 pCt. der sämmtlichen Staatseinnahmen zu Gute. Ich gehe von dem Standpunkte aus, daß das landwirthschaftliche Ministerium nicht rein technische Sachen zu bearbeiten, sondern auch große Kulturaufgaben zu lösen hat, beispielsweise die Vermittelung der Gegensätze zwischen Stadt und Land. Und wenn man mir deshalb den Vorwurf macht, ich sei ein Agrarpolitiker, so betrachte ich dies keineswegs als einen Vorwurf. Den kleinen und mittleren ländlichen Grundbesitz muß man auf alle Weise unterstützen und fördern. Der größte Reichthum des Staates ist der Mensch und seine Hauptaufgabe, ihn arbeitsfähig zu machen. Deshalb muß man die Niederlassungsbedingungen erleichtern, die großen Güterkomplexe aufheben. Ich erinnere Sie an die große Kolonisationspolitik der Hohenzollern. Heut ist man gegen den Verlust von Menschen und Menschenkräften sehr gleichgültig. (Oho!) Die Regierung müßte vor Allem auch die Organisation des ländlichen Grundrealkredits in die Hand nehmen, um dem kleinen Bauernstande aufzuhelfen; auch die ländliche Kommunalbesteuerung liegt sehr im Argen. Was das Kap. 109 des Etats anlangt —

Vizepräsident Graf Bethusy-Huc (der inzwischen den Vorsitz übernommen hat): Ich kann dem Herrn Redner nicht gestatten, in die allgemeine Besprechung des Etats des landwirthschaftlichen Ministeriums einzelne Titel und Positionen desselben hineinzuziehen.

Abg. Hundt v. Hafften: Es ist gar nicht zu umgehen, daß man in der allgemeinen Erörterung auf einzelne Titel zu sprechen kommt und ich glaube, daß mich der erste Präsident nicht in einer so intoleranten Weise daran gehindert haben würde.

Vizepräsident Graf Bethusy-Huc: Wegen dieser Kritik gegen den zeitigen Inhaber dieses Stuhls rufe ich den Herrn Abgeordneten Hundt v Hafften zur Ordnung.

Abg. Hundt v. Hafften: Die landwirthschaftlichen Lehranstalten müssen noch bedeutend vermehrt werden, sollen sie dem Bedürfniß genügen. Es ist durchaus falsch, wenn die Regierung hier nicht die Initiative ergreift, sondern das Bedürfniß an sich herankommen läßt. Wie gesagt, die Persönlichkeit des jetzigen Leiters des landwirthschaftlichen Ministeriums berechtigt mich zu der Hoffnung, daß dieses Ministerium nach langjähriger Vernachlässigung wieder gekräftigt und den Bedürfnissen des Landes gerecht werden wird. Ich schließe mit einem Citat aus Wallenstein: es ist der Geist, der sich den Körper baut.

Hierauf wird in die Erörterung der einzelnen Kapitel des Etats eingetreten.

Bei Kap. 106 (Auseinandersetzungsbehörden) führt Abg. Meyer (Merseburg) darüber Beschwerde, daß den Vermessungsbeamten nicht eine feste Besoldung gewährt werde und wünscht wenigstens, daß denselben ihr Gehalt in bestimmten Zeitabschnitten ausbezahlt wird.

Geh. Rath Marcard: Die Erledigung des angeregten Gegenstandes kann nur durch ein Gesetz erfolgen, welches bereits vorbereitet wird.

Bei Kap. 107 (Landwirthschaftliche Lehranstalten) nimmt zunächst Minister Dr. Friedenthal das Wort: Die im vorigen Jahre in Betreff der Regelung des landwirthschaftlichen Unterrichtswesens gefaßte Resolution veranlaßt mich, Ihnen in kurzen Umrissen einige Grundzüge darzulegen, welche ich im Allgemeinen für den landwirthschaftlichen Unterricht als die maßgebenden erachte. Ich will dabei von den unteren zu den höheren Stufen aufsteigen. Unmittelbar an die Volksschule schließt sich die landwirthschaftliche, oder besser: ländliche Fortbildungsschule an. Ich stimme darin einer in diesen Tagen vom deutschen Landwirthschaftsrath in Form einer Petition kundgegebenen Ansicht bei, daß es sich auf dieser Stufe des Unterrichts nicht um eine fachliche Unterweisung, sondern um einen unmittelbaren Anschluß an die Volksschulen und darum handelt, das in der Volksschule Gelernte zu befestigen und zu vertiefen. Deshalb werden die Gemeindeschulen und die Lehrer in ihnen diejenigen Anhaltspunkte sein, an welche sich diese Fortbildungsschule anzuschließen hat, die Volksschullehrer diejenigen, welche den Unterricht zu geben haben. Es wird unsere Aufgabe sein, den Volksschullehrern in den Seminarien die für diese wichtige Seite des Volksunterrichts nöthige Qualifikation zu verschaffen. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, welche Gefahr für den Knaben der ländlichen Bevölkerung darin liegt, in einem verhältnißmäßig jungen Lebensalter aus der Schulzucht in das Leben zu treten und gerade in der Zwischenzeit zwischen dem Knaben- und Jünglingsalter auf eigene Füße gestellt zu sein, wenn sie sich vergegenwärtigen, welche hohe Wichtigkeit es hat, gerade in dieser Zeit den Sinn vom Gemeinen auf das Edle zu lenken, so werden Sie gewiß mit mir darin übereinstimmen, daß eine ländliche Fortbildungsschule für die Hebung der ländlichen Bevölkerung von der höchsten Wichtigkeit ist. Ich werde mich bemühen, die hoffnungsvollen Anfänge, welche in dieser Beziehung in unserem Vaterlande vorhanden sind, namentlich im Südwesten unserer Monarchie, in Nassau und in der Rheinprovinz, wo ca. 200 dieser Fortbildungsschulen bestehen, und durch die Fürsorge des landwirthschaftlichen Ressorts allein gepflegt und unterhalten worden sind, so lange weiter zu kultiviren, bis das Unterrichtsressort in der Lage sein wird, diesen Zweig zu übernehmen. Was die Ackerbau-, Wiesen- und Obstbauschulen betrifft, so sind dieselben lediglich aus territorialen Bedürfnissen entstanden; sie hängen mit dem Staate nur insofern zusammen, als derselbe ihnen Subventionen gewährte. Das Dotationsgesetz überweist diese Subventionen den Provinzen. Der Staat wird nur darauf zu sehen haben, daß diese Subventionen zu den Zwecken, für welche sie bestimmt sind, auch wirklich verwendet werden. Was sodann die landwirthschaftlichen Mittelschulen anlangt, so sind dieselben auch wegen ihrer politischen Seite wichtig, weil sie dazu bestimmt sind, die mittleren Schichten unserer ländlichen Bevölkerung zu bilden, auf deren Schultern vorzugsweise die Selbstverwaltung aufgebaut werden muß. Die Entwickelung dieser Schulen ist bereits zu einem gewissen Abschlusse gediehen, wie der Ihnen zugegangene Lehrplan derselben beweist. Ich halte sie für eine besondere Art von Realschulen, deren Zweck außer der speziellen Unter-

weisung in den landwirthsch. Fächern auch in einer allgemeinen Vorbildung zum landwirthsch. Gewerbe besteht. Dem Unterrichtsministerium fällt deshalb naturgemäß hier eine starke Mitwirkung zu, insbesondere wirken Kommissare des Unterrichtsministers bei den Prüfungen an diesen Schulen mit. Das hohe Haus verlangte im vorigen Jahre auch, daß diese Schulen die Berechtigung haben sollten, Zeugnisse der Reife zum einjährigen freiwilligen Militärdienste auszustellen. Auch in dieser Beziehung ist nach langwierigen Verhandlungen eine Zusage der Reichsorgane erwirkt worden, die den Anforderungen des Hauses Rechnung trägt. (Bravo!) Es wird Sache meines Ressorts sein, die Schulen so zu organisiren, daß ihre Abiturienten die gehörige Qualifikation erlangen. Was endlich die landwirthschaftlichen Akademien betrifft, so habe ich bezüglich derselben ebenfalls schon mit dem Herrn Unterrichtsminister Unterhandlungen gepflogen. Die Resultate dieser Unterhandlungen werden im nächstjährigen Etat zum Ausdruck gelangen. Ich möchte aber von vornherein erklären, daß ich der Meinung nicht beipflichten kann, daß es richtig sei, überhaupt auf höhere akademische selbstständige Institute zu verzichten und die höchste Stufe des landwirthschaftlichen Unterrichts lediglich bei den philosophischen Fakultäten der Universitäten zu suchen. Nach meinem Dafürhalten liegt das Richtige in dem Nebeneinanderbestehen landwirthschaftlicher Fakultäten und selbstständiger akademischer Anstalten im möglichst nahen räumlichen und sachlichen Kontakt. Während alle anderen Fakultäten ein Studium, eine ganz bestimmte Reife, eine formal bestimmte Qualifikation verlangen, kommt der landwirthschaftliche Hörer ohne jede gleichmäßige bestimmte Vorbildung in das Studium der akademischen Hörerschaft; sein Studium findet keinen anderen Abschluß, als den Selbstbestimmung und Neigung ihm giebt, da hier das Examen ein fakultatives ist. Danach muß man zu dem Schluß kommen, daß die Eigenthümlichkeit des Fakultätsstudiums, die absolute Hörfreiheit, die Bestimmung des Inhalts der Vorlesungen nur nach wissenschaftlichen Kriterien mit Rücksicht auf einen bestimmten Lebensberuf für eine solche Vorbildung nicht paßt und nicht die nothwendigen Garantien bietet. In der als ganz vortrefflich bewährten Anstalt zu Halle, die eine Zierde der deutschen Landwirthschaft bildet, befinden sich gegenwärtig unter 151 Studirenden 6 solche, die die Maturitätsprüfung auf Gymnasien, 4 solche, die die Maturitätsprüfung auf Abiturientenschulen abgelegt haben, einige 30, welche die Qualifikation zum einjährig-freiwilligen Dienste besitzen und 111 ohne Berechtigung zum einjährigen Dienst. Unter diesen 151 Studirenden befinden sich 86 im ersten Semester, 21 im zweiten, 30 im dritten, 7 im vierten, 3 im fünften und 1 im sechsten Semester, eine Thatsache, aus der widerum folgt, daß von einem dem Fakultätsstudium ähnlichen, planmäßigen Vertheilen des Studiums durch die verschiedenen Semester nicht die Rede sein kann. Alles das führt mit dazu, daß akademische Anstalten, welche einen bestimmten Lehrplan haben, bei welchen der Inhalt der Vorlesungen abgemessen ist für die Vorbildung, den Beruf und Lebenszweck der Hörer, eine Nothwendigkeit ist. Und wenn ich eine Reorganisation der akademischen Anstalten nicht als ausgeschlossen erachte, so glaube ich, daß es möglich sein wird, ohne eine gewisse Gebundenheit zu verlassen, sie doch den Fakultätseinrichtungen ähnliches zu gestalten, ihnen mehr Freiheit zu gewähren und die Stellung der Dozenten an diesen Anstalten möglichst der der Fakultätsprofessoren anzunähern. Wenn ich aber in dieser Beziehung weiter vorzugehen mich bemühe, so muß ich dem Gedanken, die akademischen Anstalten durchweg mit den Universitäten zu verbinden, sie in ihrer Selbstständigkeit aufhören zu lassen und als einzige Form des höchsten landwirthschaftlichen Unterrichts das Fakultätsstudium hinzustellen, entgegenzutreten. Ich würde sonst meine Pflicht gegenüber der Landwirthschaft aus vielen Gründen zu versäumen glauben. Ich resumire meine Meinung dahin: das ländliche Fortbildungsschulwesen gehöre zu dem Unterrichtsressort; die praktischen Ackerbauschulen sollen der provinziellen Verwaltung unterstellt sein mit Oberaufsicht des landwirthschaftlichen Ressorts. Bei den landwirthschaftlichen Mittelschulen sollen Unterrichts- und landwirthschaftliches Ministerium zusammenwirken und endlich in der akademischen Stufe sollen neben einander bestehen die unter dem Unterrichts-Ministerium stehenden landwirthschaftlichen Fakultäts-Schulen und die selbständigen akademischen Anstalten in möglichstem Kontakt mit den Universitäten unter dem landwirthschaftlichen Ressort. So würde man der Landwirthschaft und der geistigen Hebung unseres Volkes nützen, um so sicherer, je weniger Schwankungen eine bezüglich des landwirthschaftlichen Unterrichts einzuschlagende Richtung ausgesetzt ist. Wenn ich gemeint bin, die von mir dargelegte Richtung einzuschlagen, so wäre es mir von großem Werthe, mich dabei der Zustimmung der Landesvertretung versichert halten zu können. (Beifall.)

Abg. Dr. Hofmann: Man wird gegen den Lehrplan für die landwirthschaftlichen Mittelschulen Manches einwenden können. Unbekümmert um die Frage, ob in vielen Lehrstunden auch wirklich viel gelernt wird, hält der Plan an 37 Lehrstunden wöchentlich fest. Statt der zwei fremden Sprachen ferner, die in zusammen 6 Stunden wöchentlich gelehrt werden sollen, wäre es zweckmäßiger, nur eine einzige und diese dafür gründlich zu lehren, damit der Schüler sie vollkommen beherrschen lernt, während er bei zwei Sprachen in dieser Unterrichtszeit doch kaum über die Anfangsgründe derselben hinauskommt. Endlich läßt sich gegen die Aufnahmebestimmungen geltend machen, daß für eine gleichmäßige Vorbildung der Schüler keine Sorge getragen ist. Dennoch empfehle ich die Bewilligung der zur Durchführung des Lehrplans angesetzten Mittel dringend zur Annahme. Der größte Theil unserer Jugend ist genöthigt, mit 14 Jahren die Schule zu verlassen, ein anderer sehr beträchtlicher Theil besucht sie bis zum 16. Jahre und nur ein geringer Prozentsatz ist im Stande, seine wissenschaftliche Ausbildung über das 20. Lebensjahr hinaus auszudehnen. Daraus ergiebt sich die Nothwendigkeit der Befriedigung des Unterrichtsbedürfnisses in drei verschiedenen Abstufungen, deren erste die Volksschulen, deren letzte die höheren Lehranstalten sind. Für die zweite Stufe, die Mittelschulen, ist wenig geschehen, und das wenige, was geschehen ist, will nicht gedeihen. Es liegt das an unseren Bestimmungen über die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst. So lange ein sechsjähriger Kursus im Gymnasium oder Realschule ohne weiteres Examen diese Berechtigung verleiht, werden die Eltern, welche ihre Söhne bis zum 16. Jahre unterrichten lassen können, dieselben in jene Anstalten schicken, gleichviel ob der Unterricht daselbst zweckmäßig ist oder nicht. (Zustimmung.) Diese Schüler lernen dabei Vieles, was für sie ohne jeden Werth und nur die Vorbedingung für weitere Studien ist, und sie lernen Vieles nicht, was für sie von höchstem Werthe wäre. Hierzu kommt aber der zweite Uebelstand, daß wegen der sehr großen Anzahl der Schüler, welche die Ziele der Schule nicht erreichen wollen, es sind dies oft drei Viertel der gesammten Schülerzahl — die übrigen Schüler gehemmt und die höheren Lehranstalten selbst herabgedrückt werden. In den landwirthschaftlichen Mittelschulen nun wird der erste Anfang einer selbstständigen mittleren Unterrichtsstufe gemacht, der hoffentlich nicht ohne Nachfolge bleiben wird. Diesem Fortschritte gegenüber halte ich es für unerheblich, welchem Ressort diese Schulen — ob sie dem Unterrichtsministerium oder dem landwirthschaftlichen untergeordnet werden. Dem Unterrichtsministerium bleibt ja ohnehin eine bedeutende Mitwirkung. (Beifall.)

Abg. Ostendorf beklagt es ebenfalls, daß die Entwickelung unseres Unterrichtswesens die Entstehung von Mittelschulen nicht begünstigt hat; damit hängen wohl auch die vom Vorredner gerügten Mängel der Aufnahmebestimmungen zusammen. Eben so nothwendig wird die Beschränkung des Unterrichts auf eine fremde Sprache sein. Die Schuld, daß eine Einigung mit der Reichsschulkommission, die über die Ertheilung der Berechtigung zum einjährigen Militärdienste entscheidet, deswegen nicht erzielt worden, liegt mehr an gewissen Personen des Reichskanzleramts, als an jener. Jedenfalls enthält der vorgelegte Lehrplan eine erfreuliche Erfüllung langjähriger Wünsche.

Abg. Dr. v. Sybel spricht die Erwartung aus, daß der Minister die vom Abg. Hofmann gezogenen Monita berücksichtigen werde. Den Unterricht auf eine fremde Sprache in den Mittelschulen zu beschränken, ist durchaus erforderlich, wenn der Schüler wirklich dieselbe in einem Grade beherrschen lernen soll, der ihm das Studium der eigenen Muttersprache erleichtert. Der Redner empfiehlt deshalb, in einer Resolution die Regierung aufzufordern, 1) in dem Lehrplane für die landwirthschaftlichen Mittelschulen die Aenderung vorzunehmen, daß neben der deutschen nicht zwei fremde Sprachen, sondern nur eine gelehrt werde; 2) dahin zu wirken, daß trotz dieser Aenderung den Schülern die Berechtigung zum einjährigen Militärdienste verbleibt. Was die landwirthschaftlichen Akademien anlangt, so ist deren Vereinigung mit den Hochschulen gewiß nicht angezeigt. Wenn wir auf die Leistungen unserer Hochschulen im Vergleich zu den französischen mit Stolz blicken, so wissen wir auch, daß die Inferiorität der französischen Universitäten mit dem Umstande eng zusammenhängt, daß in Frankreich eine wissenschaftliche Vorbildung der Hörer nicht verlangt wird, während in Deutschland in der Regel das Zeugniß der Reife von einem Gymnasium verlangt wird. Die wenigen Ausnahmen, welche der Minister von Mühler noch kurz vor seinem Rücktritte zugelassen hat, sind ebensoviel Schädigungen unserer Universitäten gewesen. Den Oekonomen, welche die landwirthschaftlichen Akademien besuchen, fehlt meist die für die Universität erforderliche wissenschaftliche Vorbildung, und der Professor wird nicht umhin können, in seinem Vortrage auf das geringere Verständniß solcher Zuhörer Rücksicht zu nehmen, sobald sie in größerer Anzahl seine Vorlesungen besuchen.

Abg. Wehrenpfennig wünscht in die Sybel'sche Resolution die Erklärung aufzunehmen, daß die eine der beiden fremden Sprachen die englische oder die französische sein solle, damit nicht etwa Lateinisch gelehrt werde.

Nachdem Abg. v. Sybel sich mit der von Wehrenpfennig vorgeschlagenen Aenderung der Resolution einverstanden erklärt hat, bricht das Haus die weitere Verhandlung um 4¼ Uhr ab. Die nächste Sitzung findet Dienstag 11 Uhr statt. (Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums, der Justiz-, der allgemeinen Finanzverwaltung u. s. w.) Der Präsident zeigt an, daß der Mittwoch und Sonnabend dieser Woche jedenfalls für die Kommissionen frei gehalten werden soll, vielleicht, wenn der Verlauf der Etatsberathung es gestattet, noch ein dritter Tag.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 22. Februar.

— Derselbe, nicht ständige Korrespondent der „Köln. Ztg.", welcher die Nothwendigkeit des Rücktritts des Fürsten Bismarck zuerst mit dem nachdrücklichen Hinweis auf die erschütterte Gesundheit des Kanzlers motivirte und den die genannte Zeitung als „gut unterrichtet" bezeichnet, spricht sich in einem neuen vom 19. Febr. datirten Briefe abermals über diese Tagesfrage — das ist sie wenigstens nach der Erörterung, welche sie in der Presse erfährt — aus. Was er sagt, stimmt im Wesentlichen mit der in unserem letzten Mittagblatte reproduzirten Korrespondenz überein. Er betont gleichfalls und wiederholt den leidenden Zustand, die unruhigen Nächte und mit besonderem Nachdruck den Umstand, daß der Fürst auch nach seinem Rücktritt Mitglied des Herrenhauses bleibe und für den Reichstag wählbar werde. Es heißt in dieser Beziehung:

Man denke sich nur den ersten Staatsmann des Jahrhunderts als einfachen Abgeordneten. Er ist dann vieler fesselnder Rücksichten ledig. Er lebt seiner eigenen, freien, unbeeinflußten Ueberzeugung. Er bildet den Kern und Mittelpunkt einer neuen, ohne alle Frage machtvollen Partei. Der Parlamentarismus könnte daran die höchsten Hoffnungen knüpfen, höhere als die, welche seine kühnsten Vertreter in Deutschland je zu hegen sich erkühnt haben. Nur der felsenfest monarchische Sinn des Mannes schnitte alle Sorgen ab, die für die Sache der Monarchie gehegt werden könnten. Aber die Ultramontanen würden schwerlich Seide spinnen; Fürst Bismarck wäre als Volksvertreter und Parteiführer ihrer Sache wo möglich noch tödtlicher und verderbenbringender, wie als Minister. Und ihre Schergen sollten ihn dann weniger bedrohen als heutzutage? Nein, Attentatsfurcht könnte den Gedanken des Rücktritts vom Amt eher verleiden als bestärken. Leider, wie gesagt, reden ihm erhebliche Beweggründe anderer Art nur zu bedeutungsvoll das Wort.

Weiter oben wird der Appellation an das Pflichtgefühl des Reichskanzlers Folgendes entgegengehalten:

Wenn ein italienisches Blatt, die „Opinione", neulich sich damit abfand, daß ein so großer Mann dazu bestimmt wäre, „auf der Bresche zu sterben", so entspricht doch dem Danke, den Deutschland seinem Kanzler schuldet, ein anderes Maß von Wohlwollen! Man appellirt an sein Pflichtgefühl. Gewiß nicht ohne Erfolg; doch hat das zwei Seiten: gerade aus Gewissenhaftigkeit und so zu sagen aus Ehrlichkeit der Gesinnung könnte der leitende Staatsmann sich bewogen fühlen, eine Stellung aufzugeben, die es mit sich bringt, fortwährend Verantwortung zu übernehmen und seinen Namen herzugeben für Handlungen, die Andere an seiner Stelle vollziehen und die er, außerhalb der Möglichkeit eigener Entscheidung, geschehen lassen muß. Diese Erwägung schneidet manchen Ausweg ab, den man gefunden haben möchte, um dem Reiche seinen obersten Beamten zu erhalten, und wohin verschiedene Gerüchte, die aller Begründung entbehren, abzuzielen scheinen.

Die Correspondenz macht den Eindruck, aus der unmittelbaren Nähe Bismarcks zu stammen. Hiernach wäre also der Rücktritt beschlossene Sache.

Bern, 19. Februar. Das gestrige berner „Intelligenzblatt" bringt eine Erklärung des Regierungsstatthalters von Wattemoyl, derzufolge Pfarrer Peroulaz die Schlüssel zu der katholischen Kirche noch nicht abgeliefert, sondern vorgezogen hat, der ihm für diesen Fall gestellten Aufforderung nachzukommen, die Gründe seiner Verweigerung der Schlüssel in einer speziellen Eingabe an den Regierungsrath auseinanderzusetzen. Daß der Regierungsrath, welche Behörde nach dem Kirchengesetz und dem Kirchgemeinde-Reglement in derartigen streitigen Fällen das Recht der letzten Entscheidung hat, die Gründe des Pfarrers Peroulaz anhört und seiner Prüfung unterwirft, ist nur recht und billig. Wie man dem ultramontanen luzerner „Vaterland" von hier meldet, werden die Vatikanisch-Katholischen, wenn der regierungsräthliche Entscheid zu Gunsten der Altkatholiken ausfällt, ihren ersten Gottesdienst zu Flamatt an der freiburger Grenze abhalten.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 23. Februar.

— Auch die beiden letzten Nummern der berliner „Germania" — vom 20. und 22. d. — sind nach einer uns amtlich ertheilten Auskunft mit Beschlag belegt worden. Dagegen ist die wegen Abdrucks der Encyclica confiscirte Nummer des „Westfälischen Mercur", wie das Blatt selbst mittheilt, am 20. d. wieder freigegeben worden, „weil die gesetzlichen Bedingungen der Beschlagnahme nicht vorliegen."

r. **Die polytechnische Gesellschaft** wird ihr diesjähriges Stiftungsfest am 10. April feiern, und sollen zu demselben auch die Mitglieder des naturwissenschaftlichen Vereins Einladungen erhalten.

r. **Der Handwerkerverein** hatte am Sonnabend im Lambert'schen Saale ein Tanzkränzchen veranstaltet, welches sich jedoch nur einer mäßigen Betheiligung erfreute. Zu gleicher Zeit fand im Saale des Hotel de Saxe ein Tanzkränzchen des Männerturnvereins statt.

XX **Fraustadt**, 21. Februar. [Verkehrswesen.] Auffallenderweise hat der Geschäftsverkehr in unserer Stadt in den letzten 30 bis 40 Jahren immer mehr abgenommen. Die seit etwa 15 Jahren bestehende Eisenbahn hat unserem Orte wenig Vortheil gebracht, schon darum, weil die Lage unserer Stadt, den beiden Nachbarstädten Glogau und Lissa gegenüber betrachtet, eine sehr ungünstige ist. Es mangelt hier ferner fast gänzlich an Fabrikanlagen größeren Etablissements und dergleichen. Die Gründerjahre, welche so mancher kleinen Provinzialstadt ein Aktienunternehmen brachten, sind bei uns spurlos vorübergegangen. Die jetzigen Wochenmärkte lassen sich kaum mit denen vor 30 bis 40 Jahren vergleichen; damals vermochten der sonst geräumige Getreidemarkt und die angrenzenden Straßen die Zufuhren kaum zu fassen. Zu jener Zeit war unser Ort überhaupt ein bedeutender Getreide-Stapelplatz. Selbst aus Wollstein, Bentschen, Grätz und anderen Orten mehr waren förmliche Trains von Getreidewagen hier aufgefahren. Die Glanzperiode für unseren Ort waren die Jahre 1817 bis 1834, wo hier ein Landgericht für die Kreise Fraustadt, Kosten und Kröben seinen Sitz hatte. Allein der Wohlstand erlosch plötzlich, als in Folge der neuen Justizorganisation von 1834, Fraustadt sein Landgericht, Friedensgericht und Inquisitoriat mit einer Menge von Beamtenfamilien verlor, der Werth der Grundstücke sank bis auf die Hälfte herab und die früher so bedeutende Frequenz aus den benachbarten Kreisen hörte mit einem Male auf. Die Verleihung der revidirten Städteordnung von 1832 und die Durchführung der Posen-Glogauer Kunststraße im Jahre 1836 hatten zwar den gesunkenen Muth unter der gesammten Bürgerschaft wieder etwas gehoben, jedoch harrte dieselbe vergeblich auf eine bessere Zukunft, bis endlich im Jahre 1853 die seit 1811 bestandene kgl. Kreisschule in eine kgl. Realschule umgewandelt wurde, welche von Jahr zu Jahr immer mehr in Aufschwung kam und gegenwärtig über 200 Schüler zählt. Auch in neuerer Zeit sollten uns einige Vergünstigungen zu Theil werden, die auf die Hebung der Stadt günstig eingewirkt hätten. So knüpfte im Jahre 1867 der Militairfiskus mit unserer städtischen Behörde Verhandlungen wegen Errichtung des Landwehrzeughauses an, welches alsdann nach Glogau verlegt wurde; ferner beabsichtigte man eine oder zwei Eskadrons Husuren hierher in Garnison zu bringen. Zwischen beiden Parteien konnte jedoch keine Einigung in vorberegten Angelegenheiten zu Stande kommen, — und somit bliebs wieder beim Alten. Sogar das Catasteramt, welches hier seinen Sitz hatte, wurde uns im vorigen Jahre genommen und nach Lissa verlegt. Sollte nun erst noch die projektirte Eisenbahn Lissa und Wollstein-Bentschen zu Stande kommen, dann haben wir trübe Aussichten, die nördliche Hauptverkehrsader würde uns dadurch vollständig abgeschnitten.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Versailles, 22. Februar. Die Nationalversammlung nahm mit 422 gegen 261 Stimmen den ersten Artikel des Gesetzentwurfs Wallon an, worauf die Sitzung aufgehoben wurde.

Rom, 22. Februar. Die Kammer genehmigte das Budget für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Man trat hierauf in die Berathung des Budgets des Finanzministeriums ein. Minghetti kündigte die Vorlage des definitiven Budgets pro 1875 an. Er werde dann die Pläne wegen der Aufhebung des Zwangskurses der Kammer bekanntgeben. Die Bier- und Alkoholsteuergesetze könnten nicht abgeändert werden. Auch bei dem Gesetz über Besteuerung der Börsenoperationen könnten nur in den Ausführungsvorschriften Aenderungen eintreten. Der Senat setzte die Berathung über die Todesstrafe fort.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 22. Februar, Nachmittags. (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Febr. 55, 00, pr. April-Mai 56, 00. Juni-Juli 57, 00. Weizen pr. April-Mai 171,50. Roggen pr. Februar 142, 50, pr. April-Mai 141, 00, per Mai-Juni 142, 50. Rüböl pr. Februar —, —, pr. April-Mai 53, 00, pr. Mai-Juni 53, 50. pr. Sept.-Okt. —, —. Zink fest. Wetter: —.

Köln, 22. Februar. Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Wetter Frost. Weizen höher, hiesiger loco 19, 50, fremder loko 19, 25, pr. März 19, 00, pr. Mai 18, 55. Roggen höher, hiesiger loko 15, 50, pr. März 14, 75, pr. Mai 14, 40. Hafer loco 19, 50, pr. März 18, 40, pr. Mai 17, 40. Rüböl gest., loko 29, 20, pr. Mai 29, 20, pr. Oktober 31, 00.

Bremen, 22 Februar. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 12 Mk. 40 Pf.

Hamburg, 22. Februar. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, auf Termine fest. Roggen loko flau, auf Termine fest. Weizen 126-pfd. pr. Februar 1000 Kilo netto 184 B., 182 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 182 B., 181 G., Mai Juni 1000 Kilo netto 183 B., 182 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 185 B., 184 G. Roggen pr. Februar 1000 Kilo netto 150 B., 148 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 144½ B., 143½ G., Mai-Juni 1000 Kilo netto 143 B., 142 G., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 142 B., 141 G. Hafer still. Gerste still. Rüböl fest, loco und pr. Februar 56½, pr. Mai pr. 200 Pfd. 56. Spiritus still, pr. Febr. 44½, pr. April-Mai und pr. Mai-Juni 45, per Juni-Juli pr. 100 L. 100 pCt. 45½. Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack. Petroleum fest, Standard white loko 12, 90 B., 12, 70 G., pr. Februar 12, 80 G., pr. Februar-März 12, 60 Gd., pr. August-Dezember 12, 90 Gd. — Wetter: Schön.

Amsterdam, 22. Februar, Nachmittags. (Gereidemarkt) Schlußbericht. Weizen loko geschäftsl. pr. November 270, Roggen loko höh. pr. März 181½, Mai 179½, pr. Juli —, pr. Oktober 180½. Raps pr. Frühjahr 348, pr. Herbst 364 Fl. Rüböl loco 32½, pr. Frühjahr 32¾, pr. Herbst 34½. — Wetter: Kalt.

Antwerpen, 22. Februar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen matt, Odessa 17½. Hafer unver., Donau —, Riga —. Gerste behaupt., Donau —, Vendé —.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß. loko 30½ bez. und B., pr. Februar 30 bez. und Br., März 30½ B., pr. Sept. 33 B., pr. Sept.-Dez. 33½ B. Ruhig.

Glasgow, 22. Februar. Roheisen. Mixed numbers warrants 74 Sh. — d

Liverpool, 22. Februar, Vormittags. Baumwolle (Anfangsbericht). Muthmaßlicher Umsatz 15,000 Ballen. Stramm. Amerikanische Verschiffungen 1/16 theurer. Tagesimport 8000 B. amerikanische.

Liverpool, 22. Februar, Nachmittags. Baumwolle. (Schlußbericht): Umsatz 20,000 B., davon für Spekulation und Export 4000 Ballen. Fest. Für Surats bessere Frage. Verschiffungen 3/16 theurer bei gutem Angebot.

Middl. Orleans 7 15/16, middling amerikan 7 11/16, fair Dhollerah 5 3/16, middl. fair Dhollerah 4⅞, good middling Dhollerah 4⅝, middl. Dhollerah 4¼, fair Bengal 4⅜, fair Broach 5½, new fair Oomra 5¼, good fair Oomra 5 11/16, fair Madras 5, fair Pernam 8⅛, fair Smyrna 6½, fair Egyptian 8¾.

Baumwollen Wochenbericht. Baumwolle schwimmend nach Großbritannien 486,000 B., do. davon amerikanische 297,000 B.

Paris, 22. Februar, Nachmittags. (Produktenmarkt.) (Schlußber.) Weizen behauptet, pr. Febr. 24, 50, pr. März - April 24, 75, pr. Mai-August 25, 25, per Mai-Juni 25, 00. Roggen, pr. Februar —, —, pr. März-April —, —, pr. Mai-August —, —. Mehl fest, pr. Februar 52, 50, pr. März-April 52, 75, pr. Mai-August 54, 00, pr. Mai-Juni 53, 25. Rüböl steig., pr. Februar 73, 75, pr. März-April 75, 25, pr. Mai-August 76, 00, pr. September-Dezember 78, 00. Spiritus ruhig, pr. Februar 53, 00, pr. Mai-August 54, 25. — Wetter: —.

Produkten-Börse.

Berlin, 22. Februar. Wind: O. Barometer 28, 30 Thermometer früh — 4° R. Witterung: heiter.

Die Stimmung für Roggen war heute wieder recht fest und die Käufer haben sich den etwas erhöhten und festen Forderungen fügen müssen. Der Umsatz auf Termine blieb schwerfällig, aber die Haltung bewahrte Festigkeit bis zum Schluß. Waare ist bequem verkäuflich und hat bessere Preise gebracht. — Roggenmehl fest und etwas höher. Gekündigt 500 Ctr. Kündigungspreis Mk 20,80 per 100 Kilgr. — Weizen ist ferner im Werthe etwas gestiegen. — Hafer loko flau, Termine dagegen fest und besser bezahlt. — Rüböl machte in der Preissteigerung weitere mäßige Fortschritte — Spiritus verharrt in sehr fester Haltung Der Handel ist nicht sonderlich belebt. Gekündigt 10,000 Liter. Kündigungspreis Rm. 58,80 per 10,000 Liter-pCt.

Weizen loko per 1000 Kilogr. 162—198 Rm. nach Qual. gef., gelber per diesen Monat —, April-Mai 179,50—179—179 50 Rm. bz., Mai-Juni 181—181,50 Rm bz., Juni-Juli 183—183,50 Rm. bz., Juli-August 184 - 185 Rm. bz. — Roggen loko per 1000 Kilgr. 138 -160 Rm. nach Qual. gef., inländ. 159 ab Bahn bz., russischer 140—146,50 do., per diesen Monat 145,50 Rm. bz., Febr.-März 145 Rm. bz , Frühjahr 143,50 —144,50 Rm. bz., Mai-Juni 141—142—141,50 Rm. bz., Juni-Juli 141—142 - 141,50 Rm bz. — Gerste loko per 1000 Kilogr. 144—188 Rm. nach Qual. gef. — Hafer loko per 1000 Kilogr. 158—187 Rm. nach Qual. gef., pomm. u. meckl. 175—180, russ 162—172, galiz. u. ungar. 156—169, ost- u. westpreuß. 164—172 ab Bahn bz., per diesen Monat —, Frühjahr 168—168,50—168 Rm. bz., Mai-Juni 161—162—161,50 Rm. bz., Juni-Juli 160 -161,50 -161 Rm. bz., Juli-August —. — Erbsen per 1000 Kilgr. Kochwaare 187—234 Rm. nach Qual., Futterwaare 177—186 Rm. nach Qual. — Raps per 1000 Kilgr. — — Leinöl loko per 100 Kilogr. ohne Faß 62 Rm. — Rüböl per 100 Kilogr. loko ohne Faß 54 Rm. bz., mit Faß —, per diesen Monat 54,5 Rm bz, Febr.-März —, April-Mai 54,3—54,8 54,6 Rm. bz., Mai-Juni 55,5 -55,7—55,5 Rm. bz, Sept.-Okt. 58—58,3 -58,2 Rm. bz. — Petroleum raffin. (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß loko 30 Rm. bz., per diesen Monat 27,60 Rm. bz., Febr.-März 26,50 Rm. bz., April-Mai —, Sept.-Oktober 27 Rm. bz. — Spiritus per 100 Liter a 100 pCt.=10,000 pCt. loko ohne Faß 57,2 Rm. bz., per diesen Monat —, loko mit Faß —. per diesen Monat 58,9 Rm bz., Febr.-März 58,6—58,8 Rm. bz., März-April —, April-Mai 59,2 59,4 Rm. bz., Mai-Juni 59,1—59,3 Rm. bz., Juni-Juli 59,8—60 Rm. bz., Juli-Aug. 60,8 Rm. bz., Aug.-Sept. 61,2 Rm. bz. — Mehl Weizenmehl Nr. 0 26—25 Rm., Nr. 0 u. 1 24,75—23 Rm, Roggenmeh. Nr. 0 23—22 Rm., Nr. 0 u. 1 21,—20 Rm. per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack per diesen Monat 20,80 Rm. bz., Febr.-März do., März-April do., April-Mai do., Mai-Juni do., Juni-Juli do., Juli-August do. (B. u. H. Z.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer 260' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
22. Febr.	Nachm. 2	28″ 2‴ 95	— 3°1	NO 0-1	trübe. Ni.
22. „	Abnds. 10	28″ 2‴ 88	— 4°7	NO 0-1	trübe. St.
23. „	Morgs. 6	28″ 2‴ 16	— 5°6	O 1	trübe. St.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 21. Februar 1875 12 Uhr Mittags 1,00 Meter.
„ „ 22. „ „ „ „ „ 1,00 „

Breslau, 22 Februar.
Behauptet.

Freiburger 85, 75 do. junge —. Oberschles. 141, 00. R. Oder-Ufer-St.-A. 108, 75. do. do. Prioritäten 110, 50. Franzosen 533,00 Lombarden 240, 00. Italiener —. Silberrente 69,50. Rumänier 34,75 Bresl. Diskontobank 85, 25. do. Wechslerbank 75, 50. Schles. Bankv. 104, 00. Kreditaktien 403, 00 Laurahütte 119, 25 Oberschles. Eisenbahnbed. —. Oesterreich. Bankn. 183, 20 Russ. Banknoten 284, 10 Schles. Vereinsbank 92, 00 Ostdeutsche Bank —. Breslauer Prov.-Wechslerb. —,—. Kramsta 89, 75. Schlesische Zentralbahn —,—. Bresl. Oelf. —,— .

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 22. Februar. Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schlußkurse.] Londoner Wechsel 205,30. Pariser Wechsel 81,60. Wiener Wechsel 182,80. Franzosen*) 266. Böhm. Westb. 168½ Lombarden*) 119. Galizier 209. Elisabethbahn 164. Nordwestbahn 137. Kreditaktien 201¾*). Russ Bodenkr. 92⅛. Russen 1872 101½. Silberrente 69⅜. Papierrente 64⅞. 1860er Loose 117 1864er Loose 313,20. Amerikaner de 1882 —. Deutsch-österreich. 85¼. Berliner Bankverein 81½. Frankfurter Bankverein 82⅜. do. Wechslerbank 87. Bankaktien 876½. Meininger Bank 90. Hahn'sche Effektenbank 112 11/16. Darmstädter Bank 143⅜. Brüsseler Bank 103½.

*) per medio resp. per ultimo.

Central-Pacific 83¼. Anfangs fest, zum Schluß etwas abgeschwächt. Oesterreichische Bahnen schwächer.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 201⅜, Franzosen 266¾, Lombarden 119.

Frankfurt a. M., 22. Februar, Abends. [Effekten-Sozietät.] Kreditaktien 201⅜, Franzosen 266¾, Lomb. 119, Galizier 209¾, Bankaktien —, Darmstädter Bankaktien —, Meiniger Bankaktien —, Brüsseler Bank —, Spanier extér. 22⅞. Fest u. ziemlich belebt.

Wien, 22. Februar, Nachmittags 12 Uhr 50 Minuten. Kreditaktien 222, 00, Franzosen 291, 50, Galizier 230, 25, Anglo-Austr. 131, 80, Unionbank 101, 75, Lombarden 133, 50. Besser auf Berlin.

Wien, 22. Februar. Anfangs auf Berliner Meldungen lebhafter und höher, gegen den Schluß still und geschäftslos. Bahnen besser.

Nachbörse: Ziemlich fest, aber still. Kreditaktien 222, 00, Franzosen 292, 00, Galizier —, —, Anglo-Austr. 131, 60, Unionbank —, —, Lombarden 133, 50, Ungar. Loose —, —, Nordbahn —.

[Schlußcourse.] Papierrente 71, 05. Silberrente 75, 90. 1854er Loose 104, 50. Bankaktien 963, 00. Nordbahn 1967. Kreditaktien 221, 75. Franzosen 291, 50 Galizier 230, 25. Nordwestbahn 150, 50. do. Lit. B. 72, 00. London 111, 50. Paris 44, 25. Frankfurt 54, 25. Böhm. Westbahn —, —. Kreditloose 167, 00 1860er Loose 111, 80 Lomb. Eisenbahn 133, 25. 1864er Loose 140, 70. Unionbank 101, 50. Anglo-Austr. 131, 50. Austro-türkische —,—. Napoleons 8, 90. Dukaten 5, 25. Silberkoup. 105, 75. Elisabethbahn 181, 50. Ungarische Prämienanleihe 83, 00. Preußische Banknoten 1, 64.

London, 22. Februar, Nachmittags 4 Uhr.
In die Bank flossen heute 248,000 Pfd. Sterl.
Platzdiskont 3⅜ pCt.
Spanier 22¾. 6proz. ungar. Schatzbonds 91½.
Konsols 93⅛. Italien. 5proz. Rente 69⅜. Lombarden 11 15/16 5 proz. Russen de 1871 101½. 5proz. Russ. de 1872 101⅛. Silber 57⅜. Türk. Anleihe de 1865 42 15/16. 6 proz. Türken de 1869 57⅝. 6 proz. Vereinigt. St. pr. 1832 104¼. do. 5 pCt. fundirte 102¾. Oesterreich Silberrente 68¼. Oesterr. Papierrente 64¼.

Paris, 22. Februar, Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. 3proz. Rente 65, 17½, Anl. de 1872 102, 77½, Italiener 69, 75. Franzosen 657, 50, Lombarden 301, 25, Türken 43, 25, Spanier 23⅜. Fest.

Paris, 22. Februar, Nachmittags 3 Uhr. Spanier exter. 22½ do. inter. 17⅜. Träge.

[Schlußkurse.] 3 prozent. Rente 65, 05. Anleihe de 1872 102, 52½. Ital. 5proz. Rente 69, 75. Ital. Tabaksaktien —. Franzosen 657, 50. Lombard. Eisenbahn-Aktien 302, 50. Lombard. Prioritäten 246, 75. Türken de 1865 43, 32½. Türken de 1869 296, 00. Türkenloose 127, 50.

Berlin, 22. Februar. Während des gestrigen Privatverkehrs herrschte eine wenig feste Tendenz vor; die Umsätze blieben recht geringfügig. Heute trat eine günstigere Gesammthaltung ein, die theilweise die Folge besserer äußerer Notirungen, theils einer erhöhten Nachfrage war; die Course konnten sich auf spekulativem Gebiete gut behaupten und mehrfach gegen das Sonnabend Niveau Coursavance erzielen. Die Spekulation verhielt sich nichts desto weniger auch heute unthätig und nur einige bevorzugte Devisen konnten sich guter Umsätze erfreuen. Für lokale Spekulationswerthe machte sich in der zweiten Börsenhälfte ein stärkeres Angebot geltend, das mehrfach zu nicht unerheblichen Coursrückgängen Veranlassung gab.

Der Kapitalsmarkt bewahrte seine feste Haltung bei mäßigen Umsätzen, während die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige nur schwach behauptete Course bei stillem Geschäft aufwiesen.

Der Geldstand bleibt unverändert flüssig; im Privatwechselverkehr wurden wie seither feinste Briefe zu 2⅝—2¾ pCt. diskontirt.

Von den Oesterreichischen Spekulationspapieren wurden Kreditaktien am meisten und zu besseren Preisen gehandelt; auch Franzosen waren steigend und recht belebt, Lombarden wenig verändert und wenig lebhaft.

Die fremden Fonds und Renten hatten bei ziemlich fester Haltung mäßige Umsätze für sich; Türken wurden matter, aber ziemlich lebhaft, wie die steigenden Italiener umgesetzt; Oesterreichische Renten blieben ruhig, Russische Pfundanleihen still.

Deutsche und Preußische Staatsfonds, sowie landschaftliche Pfand- und Rentenbriefe gingen zu fast unveränderten und recht festen Coursen ziemlich lebhaft um.

Prioritäten waren behauptet und still; Bergisch-Märkische Lit. C. Berlin-Stettiner 4 pCt., Oberschlesische waren fest und gefragt, Mehltheuer-Weida höher belebt.

In Eisenbahnaktien entwickelte sich lebhafter Verkehr nur für schwere Devisen; unter diesen mußten Köln-Mindener und Bergische etwas nachgeben, während Berliner Devisen ruhig und theilweise schwächer waren. Von fremden Eisenbahnwerthen waren Galizier und Rumänen matter und ziemlich lebhaft, Nordwestbahn behauptet.

Bankaktien und Industriepapiere waren behauptet und still, deren spekulative Devisen besonders Montanwerthe niedriger.

Fonds- u. Actienbörse

Berlin, den 22. Februar 1875

Deutsche Fonds.

Consolidirte Anl.	4½	105,90	bz
Staats-Anleihe	4½	99,50	bz
do. do.	4	—	—
Staatsschuldsch.	3½	91,90	bz
Prm.St.Anl. 1855	3½	138,00	G
Kurh. 40Thlr.Obl.	—	238,75	G
K. u. Neum.Schld.	3½	94,50	bz
Oderdeichbau-Obl.	4½	101,00	B
Berl. Stadt-Obl.	5	102,40	bz
do. do.	4½	—	—
do. do.	3½	91,00	G
Berl. Börsen-Obl.	5	101,	B
Berliner	4½	102,	bz
do.	5	106,75	bz
Kur- u. Neum.	3½	89,	G
do. do.	4	96,90	bz
do. neue	4½	103,25	G
Ostpreußische	3½	87,00	G
do. do.	4	96,25	bz
do. do.	4½	102,75	bz
do. do.	5	—	—
Pommersche	3½	87,75	G
do. neue	4	95,40	bz
Posensche neu	4	95,00	bz G
Schlesische	3½	86,75	B
Westpreußische	3½	87,	bz
do. do.	4	96,00	G
do. Neuland.	4	95,10	bz
do. do.	4½	102,00	G
Kur- u. Neum.	4	98,00	B
Pommersche	4	97,25	bz
Posensche	4	96,70	bz
Preußische	4	97,25	B
Rhein.-Westf.	4	98,00	bz
Sächsische	4	98,	G
Schlesische	4	96,90	bz
Goth. Pr.-Pfdbr. I.	5	109,00	bz
do. II.	5	105,50	bz
Pr.Bd.Crd.-Hyp.-B. unkündb. I.u.II.	5	102,50	bz
Pomm. Hyp.Pr.B.	5	105,80	G
Pr.Ctlb.-Pfdb.Idb.	4½	100,40	bz
do. (110rückz.)unk.	5	107,00	bz
Krupp Pt.-O.rückz.	5	102,50	bz
Rhein. Prov.-Obl.	4½	102,25	bz
Anhalt. Rentenbr.	4	98,00	B
Meininger Loose	—	20,30	bz
Mein. Hyp. Pfd.B.	4	100,75	B
Hmb. Pr.A. v.1866	3	167,	G
Oldenburger Loose	3	132,30	G
Bad. St.-A. v.1866	4½	102,50	B
do. Eisb.-P.-A.v.67	4	120,25	G
Neuebad.35fl.Loose	—	126,00	G
Badische St.-Anl.	4½	105,60	G
Bair. Pr.-Anleihe.	4	122,50	G
Dess. St.-Präm.-A.	3½	117,10	G
Lübecker do.	3½	174,00	B
Mecklenb. Schuldv.	3½	88,75	bz
Köln-Mind. P.-A.	3½	108,50	bz B

Ausländische Fonds.

Amer. Anl. 1881	6	103,40	bz G
do. do. 1882 gek.	6	98,75	B
do. do. 1885	6	102,30	B
Newyork. Stadt-A.	7	101,90	B
do. Goldanleihe	6	99,70	bz
Finnl. 10Thl.Loose	—	39,30	G
Italienische Anl.	5	70,50	B
do. Tabaks-Obl.	6	99,40	G
do. do. Reg.-Akt.	6	502,00	G
Oester. Pap.-Rente	4½	65,00	B
do. Silberrente	4½	69,50	B
do. 250fl.Pr.Obl.	4	113,00	G
do. 100 fl. Kred.-L.	—	362,50	B
do. Loose 1860	5	116,50	B
do. Pr.-Sch.1864	—	314,50	B
do. Bodenkr.-G.	5	88,00	G
Poln. Schatz-Obl.	4	89,60	bz
do. Cert.A. 300fl.	5	95,00	bz
do. Pfdbr.III.Em.	4	83,30	G
do. Part.O.500fl.	4	328,00	G
do. Liqu.-Pfandb.	4	70,80	B
Raab-Grazer Loose	4	84,90	G
Franz. Anl. 71. 72.	5	103,	bz
Bukar. 20Frcs.-Lse.	—	—	[B
Rumän. Anleihe	8	105,90	bz fl.106,00
Russ. Bodenkredit	5	91,90	B
do. Nicolai-Obl.	4	86,25	bz
Russ.-engl. A. v.62	5	102,75	bz
do. " "	3	74,50	B
do. " " v.70	5	102,75	bz
do. " " v.71	5	101,40	bz
do. 5. Stiegl.Anl.	5	86,50	bz
do. 6. " "	5	97,20	G
do. Prm.Anl. de64	5	171,75	bz
do. " " 66	5	171,50	B
Türk. Anleihe 1865	5	43,40	bz
do. do. 1869	6	56,10	bz
do. do. kleine	6	57,50	G
do. Loose (vollg.)	3	100,00	B
Ungarische Loose	—	74,50	G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Bk.f.Sprit(Wrede)	7	59,60	bz
Barm. Bankverein	5	89,	B
Berg.-Märk. Bank	4	78,40	G
Berliner Bank	4	73,00	G
do. Bankverein	5	81,50	G
do. Kassenverein	4	236,00	G
do. Handelsges.	4	117,50	bz
do. Wechslerbank	5	99,90	bz G
do. Prod.u.Hdlsbk.	3⅜	90,00	bz G
Bresl. Discontobk.	4	85,25	G
Bk. f. Ldw. Kwilecki	5	60,	G
Braunschw. Bank	4	99,00	G
Bremer Bank	4	110,90	B
Ctralb. f. Ind. u. H.	5	75,75	G
Centralb. f. Bauten	5	53,50	G
Coburg. Creditbank	4	75,	B
Danziger Privatbk.	4	115,00	B
Darmstädter Kred.	4	142,90	bz
do. Zettelbank	4	102,10	G
Dessauer Kreditbk.	4	89,	B
Berl Depositenbank	5	97,	B
Deutsche Unionsbk.	4	72,00	bz
Disc. Commandit	4	157,00	G
Genf. Credbk. i. Liq.	—	—,	—
Geraer Bank	4	97,00	G
Gewb. H. Schuster	4	63,50	bz
Gothaer Privatbk.	4	96,00	G
Hannoversche Bank	4	103,40	G
Königsberger V.-B.	4	83,00	B
Leipziger Kreditbk.	4	143,50	B
Luxemburger Bank	4	110,	G
Magdeb. Privatbk.	4	109,00	G
Meininger Kredbk.	4	89,80	G
Moldauer Landesb.	4	50,	G
Norddeutsche Bank	4	143,25	bz
Nordd.Gr.Cr.A.-B.	7½	103,00	bz
Ostdeutsche Bank	4	77,75	bz G
do. Produktenbk.	4	—,	—
Oesterr. Kreditbank	5	416,50	bz
Posener Prov.-Bk.	4	109,00	etwbz B
do. Prov. Wechl. Bk.	4	1,00	B
Pr. Bod.-K.-A.-B.	4	107,40	G
do. Bankantheile	4½	152,75	bz
do. Ctr.-Bd. 40pr.	5	118,00	bz
Rostocker Bank	4	110,00	B
Sächsische Bank	4	118,90	bz
Schles. Bankverein	4	103,20	bz
Thüringer Bank	4	89,75	G
Weimarische Bank	4	87,75	bz
Prtz.-Hyp.-Versicher.	4	127,50	bz G

In- u. ausländische Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Mastricht	4½	91,50	G
do. II. Em.	5	99,50	G
do. III. Em.	5	99,75	B
Bergisch-Märkisch.	4½	100,	bz
do. II. Ser. (conv.)	4½	99,90	B
III. Ser. 3 v. St. g.	3½	84,30	bz
do. Lit. B.	3½	84,30	bz
do. IV. Ser.	4½	99,00	B
do. V. Ser.	4½	99,00	B
do. VI. Ser.	4½	98,	B
do. Düsseld.-Elb.	4	92,	B
do. II. Ser.	4½	97,50	G
do. Dortm.-Soest		90,50	G
do. II. Ser.	4½	98,	G
do. (Nordbahn)	5	103,50	bz
Berlin-Anhalt	4	97,00	G
do. do.	4½	100,75	G
do. Lit. B.	4½	100,75	G
Berlin-Görlitz	5	104,25	G
Berlin-Hamburg	4	95,50	G
do. II. Em.	4	95,00	G
Berl.-Potsd.-Mgb. Lit A. u. B.	4	92,50	G
do. Lit. C	4	92,50	B
Berl.-Stett. II. Em.	4	92,90	bz
do. III. Em.	4	92,90	bz
do. IV. S.v.St.g.	4½	102,20	G
do. VI. Ser. do.	4	92,90	bz
Bresl.-Schw.-Frb.	4½	98,50	B
Köln-Krefeld	4½	96,50	bz
Köln-Mind. I. Em.	4½	101,00	B
do. II. Em.	5	105,00	B
do. do.	4	95,	B
do. III. Em.	4	93,50	B
Cöln-Mnd. IV. Em	4½	94,00	B
do. V. Em.	4	93,00	B
Halle-Sorau-Gub.	5	94,30	G
Märkisch-Posener	5	101,90	B
Magdeb.-Halberst.	4½	99,30	G
do. do. 1865	4½	98,70	bz
do. do. 1873	4½	98,70	bz
do. Wittenb.	3	74,00	G
Niederschl.-Märk.	4	98,	B
do. II. S. a 62½ thlr.	4	96,	B
do. c. l. u. II. Sr.	4	97,50	B
do. con. III. Ser.	4	96,75	B
Oberschl. Lit A.	5	92,50	G
do. do. B.	3½	84,50	G
do. do. C.	4	92,50	G
do. do. D.	4	92,75	G
do. do. E.	3½	84,50	G
do. do. F.	4½	100,75	G
do. do. G.	4½	99,60	G
do. do. H.	4½	101,30	B
do. Em. u. 1869	5	103,50	G
Brieg-Neiße	4½	98,75	G
Kosel-Oderberg	4	93,25	G
do. III. Em.	5	104,25	B
Niederschl. Zweigb.	3½	80,	B
Stargard-Posen	4	92.50	G
do. II. Em.	4½	99,50	G
do. III. Em.	4½	99,25	G
Ostpreuß. Südbhn.	5	103,50	G
Rechte Oder-Ufer l.	5	104,	G
Rhein. Pr.-Oblig.	5	93,20	G
do. v. Staate gar.	3½	87,50	G
do. III. v. 1858 u. 60	4½	99,50	B
do. 1862, 64, 65	4½	99,50	B
Rhein-Nah. v. St. g.	4½	102,50	G
do. II. Em.	4½	102,50	G
Schleswig	4½	99,00	G
Thüringer I. Ser.	4½	93,60	G
do. II. Ser.	4	100,	B
do. III. Ser.	4½	93,50	G
do. IV. u. V. Ser.	4	99,75	G
Galz. Carl-Ludwb.	4½	93,60	bz
Kaschau-Oderberg	5	74,00	bz
Ostrau-Friedland	5	75,80	B
Ungar. Nordostbhn.	5	63,50	bz
do. Ostbahn	5	61,	B
Lemberg Czernowitz	5	71,50	B
do. II. Em.	5	78,00	bz
do. III. Em.	5	70,00	bz
Mähr. Grenzbahn	5	68,25	B
Oesterr.-Franz. St.	4½	327,50	G
Oestr. Nordwestb.	5	87,40	B
Südöstr. Bhn (Lb.)	3	249,70	bz
do. Lomb. Bons de 1875	6	101,75	G
do. do. de 1876	6	103,00	B
do. do. de 187/8	6	105,00	G
Czarkow-Azow	5	100,40	B
Jelez-Woronesch	5	100,00	bz
Kozlow-Woronesch	5	100,50	G
Kursk-Charkow	5	100,50	B
Kursk-Kiew	5	101,	B
Mosko-Rjäsan	5	101,25	bz
Rjäsan-Kozlow	5	101,00	G
Schuja-Iwanow	5	100,30	bz
Warschau-Teresp.	5	99,75	bz
kleine	5	100,	G
Warschau-Wiener	5	99,90	B
kleine	5	99,90	B

Eisenbahn-Aktien u. Stamm-Prioritäten.

Aachen-Mastricht	4	30,00	bz
Altona-Kieler	5	110,00	bz
Amsterd.-Rotterd.	4	103,25	G
Bergisch-Märkische	4	79,25	bz
Berlin-Anhalt	4	115,50	G
Berlin-Görlitz	4	67,00	bz
do. Stammpr.	5	99,25	bz
Balt. russ. (gar.)	3	55,75	G
Brest-Kiew	5	58,50	G
Breslau Warsch. S.	5	38,00	B
Berlin-Hamburg	4	183,90	G
Berlin-Ptsd.-Mgd	4	76,75	bz
Berlin-Stettin	4	134,60	G
Böhm. Westbahn	5	83 60	G
Brest-Grajewo	5	44,00	G
Bresl.-Schw.-Frb.	4	84,20	bz
Köln-Minden	4	108,75	bz
do. Lit. B.	5	102,50	G
Crefeld Kr. Kempen	5	1,50	B
Galiz. Carl-Ludw.	5	104,80	bz
Halle-Sorau-Gub.	4	25,00	B
do. Stammpr.	5	40,00	B
Hann. Altenbeken	5	20,50	bz
Löbau-Zittau	3½	91,50	bz
Lüttich-Limburg	4	13,50	B
Ludwigshaf.-Verb.	4	176,00	B
Kronpr.-Rudolph	5	64,	G
Märkisch-Posen	4	24,60	bz
do. St.-Prior.	5	51,	G
Magdeburg-Halb.	4	80,	G
do. St.-Prior. B.	3½	67,	bz
Magdeb.-Leipzig	4	206,50	bz
do. Lit. B.	4	92,75	bz
Mainz-Ludwigsh.	4	118,	bz
Münster-Hammer	4	98,25	B
Niederschl.-Märk.	4	98,	B
Nordh. Erf. gar.	4	44,75	bz
do. Stammpr.	4	42,	G
Oberhess. v. St. gar.	3½	74,00	G
Oberschl. Lt. A. C. u. D	3½	141,00	G
do. Litt. B.	3½	131,60	G
Oestr. Frz. Staatsb.	5	185,	G
do. Südb. (Lomb.)	5	227,	bz
Ostpreuß. Südbahn	4	41,90	bz
do. Stammpr.	5	77,80	bz
Rechte Oderuferb.	5	108,50	G
do. Stammpr.	5	110,25	G
Reichenberg-Pard.	4½	67,75	G
Rheinische	4	117,25	bz
do. Lit. B. v. St. g.	4	92,40	G
Rhein-Nahebahn	4	20,50	G
Russ. Eisb. v. St. gr.	5	109,50	bz
Stargard-Posen	4½	100,90	G
Rum. Eisenbahn	5	34,60	bz
Schweizer Westb.	4	15,60	bz
do. Union	4	9,20	B
Thüringer	4	111,00	B
do. B. gar.	4	90,	G
Tamines Landen	4	6,60	G
Warschau-Wiener	5	259,60	G

Gold, Silber u. Papiergeld.

Louisdor	—	—	—
Souvereigns	—	20,46	G
Napoleonsdor	—	16,32	G
Dollar	—	4,19	G
Imperials	—	16,77	bz
Fremde Banknoten	—	99,80	G
do. (einl. i. Leipz.)	—	99,87	bz
Oesterr. Banknoten	—	183,20	bz
do. Silbergulden	—	193,50	bz
Ruff. Not. 100 R.	—	283,90	bz

Wechsel-Kurse.

Berliner Bankdisk.	4		
Amsterd. 100 fl. 8 T.	3½	175,50	bz
do. do. 2M.	3½	174,50	bz
London 1 Lstr. 8 T.	3	20,51	bz
Paris 100 Fr. 8 T.	3	81,55	bz
do. do. 2M.	4½	—	—
Belg. Bankpl. 100 Fr. 8 T.	4	81,50	bz
do. 100 Fr. 2M.	4½	81 50	bz
Wien 100 fl. 8 T.	5	182,80	bz
do. do. 2M.	5	181,65	bz
Augsb. 100 fl. 2M.	5	170,00	G
Leipzig 100 Thl. 8 T.	5½	—	—
Petersb. 100 R. 3 W.	6	283,10	bz
do. do. 3M.	6	281,10	bz
Warsch. 100 R. 8 T.	6	283,30	bz

Industrie-Papiere.

Aquarium-Aktien	—	70,	B
Bazar-Actien	—	126,	B
Bischweil. Tuch-Fb.	—	14,	G
Berliner Papierfb.	—	38,	G
do. Bockbrauerei	—	54,50	G
do. Brauer. Tivoli.	—	91,50	bz
Brauer. Patzenhof.	—	104,40	G
Brauerei Moabit	—	50,	G
Bresl. Br. (Wiesner	—	24,25	G
Deut. Stahl-J. A.	—	3,50	bz
Erdmannsd. Spin.	—	53,	G
Elbing. M. Eisenb.	—	0,75	bz
Flora, A.-Ges. Berl	—	17,	G
Forster, Tuchfabrik	—	49,	G
Gummifbr. Fonrob	—	45,	B
Hannov. Masch. G. (Egestorf)	—	41,50	G
Kön. u. Laurahütte	—	116,75	bz
Königsberg. Vulkan	—	28,90	G 31,25 G
Mk.-Schl. Maschin. Fabrik (Egells)	—	27,30	G
Marienhütte	—	72,10	G
Münnich, Chemnitz	—	18,	B
Redenhütte Akt.-G.	—	25,	B
Saline u. Soolbad	—	45,	B
Schles. Lein. Kramst	—	89,40	G
Ver. Mgd. Spr. Br.	—	33,50	B
Wollbanku. Wollw.	—	45,	G

Versicherungs-Aktien.

A.-Münch. F.V.G.	—	7800	G
Aach. Rück-Vers. G.	—	1638	G
Allg. Eisenb. Vs. G.	—	1497	B
Berl. Ld.u. W. V. G.	—	795	G
do. Feuer-Vers. G.	—	1125	G
do. Hagel-Ass.-G.	—	479	bz
do. Lebens-V.-G.	—	2000	G
Colonia, F.-V.-G.	—	5800	G
Concordia, L.-V. G.	—	1960	B
Deutsche F.-V.-G.	—	600	G
do. Trsp.-V.-G.	—	420	G
Dresd. Allg. Trs.-V.	—	800	B
Düsseldorf. do.	—	1080	B
Elberfeld. F.-V.G.	—	2480	G
Fortuna, Allg. Vrs.	—	830	G
Germania, L.-V.G.	—	398,50	G
Gladbacher F. V. G.	—	1195	G
Kölnische Hag V. G	—	312	B
do. Rückvers. Ges.	—	350	B
Leipziger Feuerv. G.	—	6000	G
Magdb. All. Unf. V.	—	299	B
do. Feuer-V.-G.	—	2500	B
do. Hagel-Vers. G.	—	216	B
do. Lebens-V.-G.	—	285	G
do. Rückvers.-Ges.	—	512	B
Mecklenb. Lebensvs.	—	—	—
Nieder. Güt. Ass. G.	—	640	G
Nordstern, Leb. V. G	—	598	B
Preuß. Hagelvrs G.	—	60	B
do. Hyp. V.-A. G.	—	127,50	G
do. Lebens-V.-G.	—	298	G
do. Nat.-Vers. G.	—	645	G
Providentia, V.-G.	—	318,	G
Rhein.-Wstf. Lloyd.	—	—	—
do. do. Rück-V. G.	—	186	B
Sächsische do. do.	—	180	G
Schles. Feuer-V. G.	—	564	G
Thuringia, Vers. G.	—	320	G
Union, Hagel-Ges.	—	328	B
do. See- u. Fl.-V	—	—	—

Druck und Verlag von W. Decker u. Comp. (E. Röstel) in Posen.